



Der Streit um die Opfer des Februar 1934

WINFRIED R. GARSCHA

Die – in erster Linie zivilen – Opfer der Februarkämpfe 1934¹ gerieten anlässlich des achtzigsten Jahrestags des 12. Februar 1934 ins Zentrum einer vergangenheitspolitischen Debatte, die vor allem auf den Diskussionsseiten der Tageszeitung *Der Standard* geführt wurde. Auslöser war ein Text des Wiener Historikers Kurt Bauer, den die Redaktion der Rubrik „Kommentar der anderen“ treffend so zusammenfasste: „Von eindeutiger Schuld sollte keine Rede sein. Der Aufstand im Februar 1934 war nicht ein Bürgerkrieg, sondern vor allem eines – ein sinnloses Blutbad.“ Gewissermaßen als Musterbeispiel für seine These der „Sinnlosigkeit“ der Februarkämpfe diente Bauer die Geschichte des Floridsdorfer Buben Arnulf Hanzl, der als unbeteiligtes Opfer starb: „Knapp sechs Jahre war er alt an jenem 13. Februar 1934, als er spielend am Küchentisch saß. Um 16.45 Uhr stand er auf, um im Kabinett ein Bilderbuch zu holen. Das war seine letzte Bewegung. Der Schuss durch das geschlossene Fenster traf ihn direkt in den Mund. Er starb an Ort und Stelle. Vor den Augen seiner Mutter. Ein in der Nähe postierter Schutzbündler soll es gewesen sein, heißt es in einem Polizeibericht. Stadthauptmann Petri sprach später von einer Gruppe Jugendlicher, wohl Kommunisten. Mit Gewehren seien sie herumgezogen und sollen auf alle Fenster geschossen haben, hinter denen sich Menschen gezeigt hätten. Der kleine Arnulf jedenfalls starb seinen kleinen, sinnlosen Tod. Nicht für Freiheit und Demokratie und Arbeiterrechte, nur für ein Bilderbuch.“²

Bauers Beitrag löste auf der Internetseite des *Standard* eine Flut von Postings aus. Einige erinnerten den Historiker daran, dass außer der Exekutive und dem sozialdemokratischen Schutzbund an den Kämpfen auch noch Angehörige der faschistischen Heimwehren beteiligt waren; diese kamen bei ihm überhaupt nicht vor – gerade so, als hätte es die umgekehrte Geschichte in Steyr (ein Heimwehrmann erschoss in der Ennsleiten

durch das Fenster einen jungen Arbeiter in seinem Wohnzimmer) nicht gegeben. Und erst auf die massive Kritik von Historiker-Kollegen hin – unter ihnen Peter Huemer³ und Johannes Koll⁴ – erwähnte er auch „das grauenhafte Massaker auf der Bühne des Arbeiterheims Holzleithen“ im Hausruckviertel, allerdings nicht, ohne die Ermordung von zehn wehrlosen Schutzbund-Sanitätern durch Angehörige der Heimwehr mit Unterstützung der Exekutive sofort aufzurechnen gegen die Tötung von Bundesheer-Angehörigen auf dem Polygonplatz in Linz, die „von einer gewaltigen Übermacht an Schutzbündlern niedergeschossen und erschlagen wurden“.⁵ Peter Huemer, der in seinem Kommentar gefragt hatte, was denn in einem Polizeibericht über die sinnlose Tötung des kleinen Arnulf Hanzl Anderes hätte stehen können, als dass es Schutzbündler oder Kommunisten gewesen seien, entgegnete Kurt Bauer, er halte die „zeitnahe[n] und zumindest faktensichere[n]“ (!) Polizeiberichte immer noch für zuverlässiger als „Jahrzehnte später verfasste Erzählungen von Zeitzeugen“.⁶

Zeitgeschichtliche Kontroversen

Die Frage, ob die Kämpfe des Februar 1934 ein „Aufstand“ – wie Otto Bauer sie in seiner ersten, bereits unmittelbar nach den Kämpfen im Verlag der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik erschienenen Broschüre nannte⁷ – oder ein „Bürgerkrieg“ waren, beschäftigt die österreichische Geschichtswissenschaft bis heute ebenso wie die Frage, ob das von der Regierung Dollfuß im Vorfeld des Februar 1934 sukzessive aufgerichtete und nach der Niederlage der Arbeiterbewegung zementierte Regime („Austrofaschismus“, „Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur“, „Ständestaat“) faschistisch, „halbfaschistisch“, „autoritär“ war.⁸ Unstrittig ist nur, dass die von Christlichsozialen und faschistischen Heimwehren gebildete Regierung – aus welchen Motiven immer – diktato-

risch regierte; schon 1993 sprach der ÖVP-Historiker Helmut Wohnout von „Regierungsdiktatur“,⁹ ein Begriff mit dem sich zehn Jahre später auch ÖVP-Hardliner Andreas Khol anfreunden konnte.¹⁰ Daher gibt es auch niemanden mehr, der die Februarkämpfe als „Revolte“ oder „Unruhen“ (so der damalige Polizei-Jargon) titulieren würde.

Dass diese Auseinandersetzung zwischen den politischen Richtungen andauert, ist nicht weiter verwunderlich, denn schließlich geht es um die Legitimität der eigenen Position. Was eher verwundert, ist, dass auch in der Geschichtsschreibung die Kennzeichnung des Regimes als „faschistisch“ nach wie vor umstritten ist. Allerdings hat der Wiener Politikwissenschaftler Emmerich Tálos, der seit Jahrzehnten zum Austrofaschismus forscht, 2013 eine sechshundert Seiten starke Studie¹¹ vorgelegt, die zumindest die nach wie vor von konservativer Seite kolportierte Behauptung, Dollfuß und Schuschnigg hätten mit ihrem „Ständestaat“ in erster Linie ein Bollwerk gegen die Bedrohung durch das nationalsozialistische Deutschland errichten wollen, ins Reich der Legende verweist; die Austrofaschisten verfolgten eine politische Agenda, die sich bezüglich der Herrschaftsmechanismen am italienischen Faschismus orientierte (ohne eine bloße Nachahmung darzustellen), die Zerschlagung der Arbeiterbewegung bezweckte und die Rückkehr zu vor-modernen gesellschaftlichen Zuständen mit der katholischen Kirche als wichtigstem gesellschaftlichem Ordnungsfaktor anstrebte. Man könnte einwenden, dass zu einem „richtigen“ Faschismus die reaktionäre, chauvinistische Massenmobilisierung fehlte. Zwar gehörte mehr als die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung der „Vaterländischen Front“ an, doch war diese Quasi-Regierungspartei keine Massenbewegung, die Beitritte waren überwiegend unter der Androhung des Verlusts des Arbeitsplatzes oder sonstiger Druckmittel erfolgt. Aber selbst Kritiker der Bezeichnung „Austrofaschismus“ wie

der amerikanische Historiker Evan Bukey halten die von Tálos dargelegte Beweisführung für ausreichend, um zumindest von einem „Möchtegern-Faschismus“ zu sprechen.¹²

Bei der Charakterisierung der Februarkämpfe und des von den Aufständischen bekämpften Systems geht es um Einschätzungsfragen, auf die es logischerweise unterschiedliche (wenn auch nicht immer gegensätzliche) Antworten gibt, entsprechend den unterschiedlichen wissenschaftlichen Zugängen, aber selbstverständlich auch entsprechend der jeweiligen politischen Einstellung.

Die Opfer des Februar 1934

Auf eine Frage aber sollte es achtzig Jahre nach den Ereignissen eigentlich nur noch eine – nämlich die korrekte – Antwort geben, und zwar die nach der Anzahl der Opfer. Unmittelbar nach den Ereignissen war noch verständlich, dass die Regierung die Zahl der zivilen Opfer klein reden, die unterlegene Seite hingegen die Zahl ihrer Toten erhöhen wollte. Der Obmann des Republikanischen Schutzbundes, Julius Deutsch, vermutete im tschechoslowakischen Exil „leider ein Vielfaches“ der von der Regierung angegebenen „etwa 300 Toten“.¹³ Es ist jedoch erstaunlich, dass die genaue Anzahl der Opfer auf Seiten der RegierungsgegnerInnen und der unbeteiligten Zivilbevölkerung auch achtzig Jahre nach den Kämpfen noch nicht bekannt ist.

Am 1. März 1934 veröffentlichte die Bundesregierung offizielle Zahlen, wonach es auf Seiten der „Zivilbevölkerung“ – so die amtliche Terminologie – 173 getötete Männer, 21 getötete Frauen und zwei getötete Kinder gegeben habe.¹⁴ 1983 hat Barry McLoughlin in den Akten des Bundeskanzleramts zum Februar 1934 eine interne Statistik vom 6. Oktober 1934 gefunden, die von den offiziell bekannt gegebenen Zahlen bei den Toten nur unwesentlich – nämlich um zweieinhalb Prozent – nach oben abweicht, allerdings bei den Verwundeten eine doppelt so hohe Zahl angibt.¹⁵ Interessant an dieser Wiener Statistik ist auch, dass darin die Nachforschungen der Staatspolizei über die politische Zugehörigkeit der Toten und Verwundeten angegeben sind. Von den in Wien getöteten Personen wurden 16 dem Republikanischen Schutzbund zugeordnet, 36 der Sozialdemokratie (ohne Schutzbündler zu sein) und sechs der KPÖ. Bei den Verwundeten wurden 122 als Mitglieder der Sozialdemokratie, 19 als Angehörige des Republikanischen Schutzbunds und

vier als Mitglieder der KPÖ identifiziert. Hans Hautmann bewertete diese Zahlen 1984 so, dass Schutzbündler und Kommunisten offenbar nur in schwerwiegenden Ausnahmefällen Verwundete der Exekutive überließen.¹⁶ Nebenbei bemerkt belegen diese Zahlen auch, dass es offenbar Februarkämpfer gab, die nicht erst aus Enttäuschung über die Niederlage der KPÖ beitraten, sondern auch solche, die schon vorher der Kommunistischen Partei angehört hatten. Die amtliche Bezeichnung „Zivilbevölkerung“ schließt sowohl Aufständische als auch unbeteiligte PassantInnen ein.

Gerhard Botz gab in seiner Arbeit über „Gewalt in der Politik“ die Verluste auf Seiten des Schutzbundes, einschließlich zufällig getöteter Zivilpersonen, mit mindestens jenen 196¹⁷ an, die amtlich bekanntgegeben wurden – eine Zahl, deren Größenordnung er im Zuge der Auswertung der Totenverzeichnisse im Archiv der Stadt Wien, der Tagespresse sowie von Erinnerungsberichten verifizierete. Als Obergrenze sah er die Schätzung des sozialdemokratischen Publizisten Ernst K. Herlitzka an, der in einem im *Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung* aufbewahrten Manuskript von 250 bis 270 Toten ausging.¹⁸

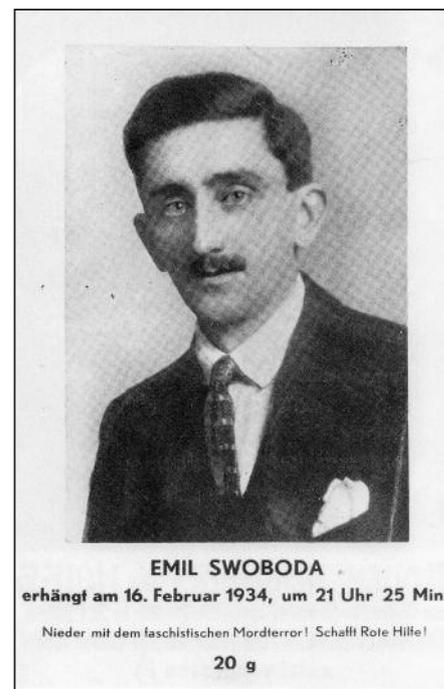
Ein Hinweis darauf, dass die offiziellen Zahlen von 196 Toten auf Seiten der Arbeiterschaft nicht so völlig falsch sein können, jedoch mit ziemlicher Sicherheit zu niedrig angesetzt waren, sind auch die Forschungsergebnisse des Linzer Regionalhistorikers Peter Kammerstätter, der die akademische Zeitgeschichtsforschung immer wieder mit seinen Recherchen überrascht und bereichert hat. Für Oberösterreich ermittelte Kammerstätter 34 Tote, was die amtlichen Zahlen um sieben – also fast ein Viertel – übersteigt.¹⁹ Es dürfte also, wenn man die Werte von Wien (2,5 Prozent) und Oberösterreich (25 Prozent) zugrunde legt, davon auszugehen sein, dass die Zahl der Getöteten auf Seiten der Arbeiterschaft mehr als 200, aber weniger als 250 betrug.

Selbst auf einer wissenschaftlich seriösen Internet-Seite wie jener des Demokratiezentrum Wien findet sich jedoch bis heute ein Eintrag, in dem von „rund 1200 Toten und 5000 Verwundeten“ die Rede ist.²⁰ Ansonsten kursieren im Internet, wie zu vielen anderen Themen auch, Phantasiezahlen zu den „Februartoten“. Ein Beispiel dafür ist die Website einer Wiener Fremdenführerin, die BesucherInnen zur Gruppe 28, Reihe 36, auf dem Wiener Zentralfriedhof führt, wo sich das Massengrab für die zivilen Toten des

Februar 1934 befindet. Der Inhalt der Führung kann auch im Internet nachgelesen werden: „Im Februar 1934 kam es in Österreich zum Bürgerkrieg, an dessen Ende mehr als 1.000 Todesopfer zu beklagen waren, aber auch die Demokratie und letztlich die Republik zu Grabe getragen wurde.“²¹ Diese Zahlen orientieren sich meist an den ersten Schätzungen, die die in die ČSR geflüchtete sozialdemokratische Führung dem britischen Journalisten G. E. R. Gedye bekannt gegeben hatte, der die Meldung von 1.500 bis 2.000 Todesopfern weltweit verbreitete. Sie findet sich auch in Gedyes historischer Reportage „Die Bastionen fielen“, die 1939 auf Englisch²² und 1947 auf Deutsch²³ erschien.

Anlässlich des 40. Jahrestags der Februarkämpfe fand eine Tagung der „Wissenschaftlichen Kommission“ statt, einem Anfang der 1970er Jahre auf Initiative von Bundeskanzler Bruno Kreisky und Nationalratspräsident Alfred Maleta gebildeten Gremium von FachhistorikerInnen und ZeitzeugInnen, das von den Wissenschaftsstiftungen von SPÖ und ÖVP getragen wurde. Auf diesem Symposium berichtete der Militärhistoriker Kurt Peball über das Ergebnis seiner Recherche im Kriegsarchiv: Peball zählte 124 Tote, davon dreißig Soldaten des Bundesheeres, 53 der Exekutive (also Polizei und Gendarmerie) und 41 Angehörige „bürgerlicher Wehrverbände“.²⁴ Zusammen mit den – wie oben ausgeführt – sicher mehr als 200, aber vermutlich weniger als 250 Toten unter den Aufständischen und der Zivilbevölkerung sowie den neun Hingerichteten ist somit von einer Größenordnung von vermutlich 340 bis 380 Todesopfern des Februar 1934 auszugehen.

Zu den Opfern des Februar 1934 sind selbstverständlich – neben den Toten der Kampfhandlungen auf beiden Seiten – auch die neun Hingerichteten zu zählen. Über diese Zahl gibt es keine Zweifel, weil natürlich ihre Namen von allen Zeitungen publiziert wurden und sie auch in historischen Darstellungen immer wieder getannt werden. Es handelt sich (in alphabetischer Reihenfolge) um Josef Ahrer aus Steyr, Anton Bulgari aus Linz, Johann Hoys (auch: Hois) aus Hainfeld/Niederösterreich, Karl Münchreiter aus Wien-Hietzing, Alois Rauchenberger aus Hainfeld/Niederösterreich, Josef Stanek aus Graz, Emil Swoboda aus Wien-Döbling, Koloman Wallisch aus Bruck an der Mur und Georg Weissel aus Wien-Floridsdorf. Die mitunter genannte Zahl von acht Hingerichteten bezieht



Solidaritätskarten der „Roten Hilfe“ mit den hingerichteten Karl Münchreiter, Koloman Wallisch und Emil Swoboda

sich auf jene Verurteilten, die während der Dauer des Standrechts für „Aufruhr“ (12. bis 21. Februar) gehängt wurden; Anton Bulgari wurde erst am 22. Februar hingerichtet.

Standgerichtsurteile

Weniger bekannt ist die Anzahl der insgesamt wegen der Verbrechen des „Aufruhrs“, des „Mordes“ oder „Mordversuchs“ im Zusammenhang mit den Februarkämpfen standrechtlich zum Tode verurteilten Personen. Eine erste zusammenfassende, quellengestützte Darstellung der Standgerichtsbarkeit des Februar 1934 legte der deutsche Politikwissenschaftler Everhard Holtmann auf dem oben erwähnten Symposium 1974 vor.²⁵ Als Beispiel für die jeglichen rechtsstaatlichen Prinzipien hohnsprechende Verhandlungsführung der Standgerichte ging Holtmann auf das Verfahren vom 16. Februar gegen Emmerich Sailer, Josef Kastinger und drei weitere Schutzbündler aus Wien-Margareten näher ein. Das Standgericht verurteilte Sailer und Kastinger als „zur Herstellung der Ruhe nötige[s] abschreckende[s] Beispiel“ zum Tode und stützte sich dabei auf die „polizeilichen Angaben“, obwohl die Angeklagten in der Hauptverhandlung berichteten, dass die „Geständnisse“ im Polizeiverhör aus ihnen herausgeprügelt worden seien. Für Holtmann dokumentierten derartige Richterprüche „nicht etwa nur simple prozessurale Fahrlässigkeit, sondern Voreingenommenheit und eine über die institutionalisierten Unterdrückungsmechanismen

hinausweisende, subjektive Bereitschaft, dem Regime bei der gewaltsamen und rechtswidrigen Ausschaltung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung mittels tendenziöser Rechtsprechung zu assistieren“.²⁶ An dieser prinzipiellen Haltung der Richterschaft änderte auch die nachträgliche, politischer Taktik geschuldete Begnadigung der Mehrheit der zum Tode Verurteilten wenig.²⁷

Am 12. Februar 1934 dehnte die Regierung mittels Notverordnung die Standgerichtsbarkeit auf das Verbrechen des „Aufruhrs“ aus. Standgerichte in Graz, Leoben, Sankt Pölten, Steyr und Wien verurteilten wegen dieses Delikts zwanzig Angeklagte zum Tode. Insgesamt wurden, wie aus der nachfolgenden Aufstellung hervorgeht, zwischen 14. und 26. Februar 24 Personen zum Tode verurteilt, von denen 15 Verurteilte begnadigt wurden. Von den vier zusätzlichen Todesurteilen nach Abschaffung der Standgerichtsbarkeit für „Aufruhr“ entfielen drei auf Linz und eines auf Graz.

Der Grazer Rechtshistoriker Martin Polaschek hat 2004 in einer von der österreichischen Zeitgeschichtsschreibung bisher allerdings wenig beachteten Monografie²⁸ eine komplette Aufstellung der Standgerichtsurteile²⁹ des Februar 1934 mit Hinweisen zu den Angeklagten und zu den verhandelten Tatbeständen geliefert:

– Das Standgericht am Landesgericht für Strafsachen Wien I führte zwischen 15. und 19. Februar fünf Verfahren durch, in denen fünf Todesurteile und drei Kerkerstrafen zwischen sieben und

15 Jahren verhängt wurden; die Verfahren gegen elf Angeklagte wurden an das ordentliche Gericht verwiesen. Alle fünf zum Tode Verurteilten wurden begnadigt: Rudolf Krbec zu lebenslänglichem schweren Kerker, Jakob Morauf und Emmerich Sailer zu je zwanzig Jahren, Josef Kastinger zu zwölf und Robert Kalab zu zehn Jahren.

– Das Standgericht am Landesgericht für Strafsachen Wien II führte zwischen 14. und 19. Februar acht Verfahren durch, in denen neun Todesurteile und acht Kerkerstrafen zwischen acht und zwanzig Jahren verhängt wurden; die Verfahren gegen 17 Angeklagte wurden an das ordentliche Gericht verwiesen. Das Todesurteil gegen Karl Münchreiter wurde am 14. Februar, jenes gegen Georg Weissel am 15. Februar und jenes gegen Emil Swoboda am 16. Februar vollstreckt. Die übrigen sechs zum Tode Verurteilten wurden begnadigt: Johann Giller zu lebenslänglichem schweren Kerker, Josef Dangl zu zwanzig Jahren, Josef Fidra und Bruno Sokoll zu je 15 Jahren, Ludwig Tuma und Anton Pribyl zu je zwölf Jahren.

– Das Standgericht Sankt Pölten führte zwischen 16. und 20. Februar vier Verfahren durch, in denen zwei Todesurteile und drei Kerkerstrafen zwischen fünf und sieben Jahren verhängt wurden, fünf Angeklagte wurden freigesprochen; die Verfahren gegen 16 Angeklagte wurden an das ordentliche Gericht verwiesen. Die beiden Todesurteile gegen Johann Hoys und Viktor Rauchenberger wurden am 16. Februar vollstreckt.



Das Ottakringer Parteihaus der SDAP nach dem Beschuss im Februar 1934.

– Das Standgericht Steyr führte am 17. Februar ein Verfahren durch, in dem ein Todesurteil verhängt wurde; das Verfahren gegen den zweiten Angeklagten wurde an das ordentliche Gericht verwiesen. Das Todesurteil gegen Josef Ahner wurde am 17. Februar vollstreckt.

– Das Standgericht am Landesgericht für Strafsachen Graz führte zwischen 14. und 20. Februar fünf Verfahren durch, in denen ein Todesurteil und neun Kerkerstrafen zwischen 5 und 15 Jahren verhängt wurden; die Verfahren gegen 36 Angeklagte wurden an das ordentliche Gericht verwiesen. Das Todesurteil gegen Josef Stanek wurde am 17. Februar vollstreckt. Gesondert erwähnt Polaschek das – nicht der wegen „Aufruhrs“ verhängten Standgerichtsbarkeit zuzurechnende, allerdings ebenfalls von einem Standgericht am Grazer Straflandesgericht verhängte – Todesurteil vom 26. Februar gegen den Grazer Schutzbundfunktionär Friedrich Gollner wegen versuchten Mordes. Gollner wurde zu zwanzig Jahren begnadigt.

– Das Standgericht Leoben führte zwischen 15. und 21. Februar sechs Verfahren durch, in denen zwei Todesurteile und eine Kerkerstrafe von 15 Jahren verhängt wurden; die Verfahren gegen fünf Angeklagte wurden an das ordentliche Gericht verwiesen. Das Todesurteil gegen Koloman Wallisch wurde am 19. Februar vollstreckt, jenes gegen Hubert Russ gnadenhalber in eine lebenslängliche schwere Kerkerstrafe umgewandelt.

– Wie das oben erwähnte Grazer Todesurteil vom 26. Februar gegen Friedrich Gollner sind auch die drei vom Standgericht Linz gefällten Todesurteile vom 22. Februar nicht der wegen „Aufruhrs“ verhängten Standgerichtsbarkeit zuzurech-

nen: Anton Bulgari wurde noch am selben Tag hingerichtet, Franz Gschwandtner und Ludwig Schwinghammer wurden zu lebenslänglichem schweren Kerker begnadigt. Die Verfahren gegen drei weitere Angeklagte wurden an das ordentliche Gericht abgetreten.

Ermöglicht wurden die – inhaltlich selbstverständlich der „Februarjustiz“ zuzurechnenden – Standgerichtsurteile gegen Bulgari, Gschwandtner, Schwinghammer und Gollner dadurch, dass die Staatsanwaltschaft die Beschuldigten nicht wegen „Aufruhrs“ anklagte. Die Standgerichtsbarkeit für das Verbrechen des „Aufruhrs“ war am Morgen des 21. Februar aufgehoben worden. Das am 10. November 1933 eingeführte Standrecht für Mord war jedoch in Kraft geblieben.³⁰

Da das Linzer Standgericht nicht am dortigen Landesgericht gebildet, sondern vom Landesgericht Wien entsandt worden war, wurde der Gerichtsakt offenkundig nach Abschluss des Verfahrens nach Wien mitgenommen. Zwar ist der in Verstoß geratene Akt bisher nicht wieder aufgetaucht, doch existiert die Mitschrift eines Gerichtsredakteurs, die von den „Oberösterreichischen Nachrichten“ zum 75. Jahrestag der Februarkämpfe veröffentlicht wurde.³¹

Es verdient festgehalten zu werden, dass die vorstehend angeführten Fälle, in denen die Standgerichte zwar Todesurteile aussprachen, diese dann aber im Gnadenweg in Kerkerstrafen umgewandelt wurden, jahrzehntelang in wissenschaftlichen und journalistischen Darstellungen des Februars 1934 – abgesehen von Regionalstudien zu Oberösterreich und zur Steiermark in Karl R. Stadlers Sammelband zu den Sozialistenpro-

zessen aus dem Jahre 1986 – nicht vorkamen. Das ist umso verwunderlicher, als die oben zitierte, 1974 von Everhard Holtmann vorgestellte Studie zur „politischen Tendenzjustiz“ 1934 bereits zahlreiche Hinweise auf die für eine solche systematische Erfassung zu konsultierenden Archivquellen enthielt. Tatsächlich stellte die namentliche Erfassung dieser Justizopfer bis zum Erscheinen der Darstellung Martin Polascheks ein Desiderat der österreichischen Zeitgeschichtsschreibung dar.

Getrübter Blick

Der Autor des eingangs zitierten *Standard*-Kommentars, Kurt Bauer, ist freier Mitarbeiter des Ludwig Boltzmann-Instituts für Historische Sozialwissenschaft. Sein Kommentar vermittelte einen Einblick in seine – in Abstimmung mit dem Österreichischen Staatsarchiv und dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes durchgeführten – Forschungen über die „Februar-Opfer“. Durch seine auch biografische Details erfassenden Publikationen zum Thema NS-Juliputsch 1934 hatte sich Bauer als Kenner der historischen Quellen des Jahres 1934 für die Schließung dieser Forschungslücke empfohlen. Eine seriöse Erforschung der Opferbiografien, die selbstverständlich auch – soweit dies angesichts der unsicheren Quellenlage (Polizeiberichte!) möglich ist – die jeweiligen für die Tötung Verantwortlichen benennen sollte, kann auf Effekthascherei verzichten, da die Fakten sowieso für sich sprechen. Für die Beantwortung der Frage, wer einen tödlichen Schuss abgegeben hat, ist das Parteibuch des Schützen vollkommen irrelevant. Wohl aber kann der Standpunkt des Zeugen eine Rolle spielen. Wer jedoch nur Aussagen von Anhängern der „westlichen Demokratie“ für zuverlässig hält, wird an der Interpretation historischer Quellen der Zwischenkriegszeit scheitern.

Mit seinen beiden Kommentaren im *Standard* hat Kurt Bauer bewiesen, dass sein Blick auf das Jahr 1934 getrübt ist durch seine Abscheu einerseits vor dem „bigotten Halbfaschismus des Dollfuß“ und andererseits vor der „Hydra aus Nationalsozialismus und Halb- und Vollkommunismus“³² – der Vergleich mit dem vielköpfigen griechischen Fabeltier meint die illegalen Parteien der NSDAP, der Revolutionären Sozialisten und der KPÖ. Bei so wenig „westlicher Demokratie“ bleibt dann nur mehr der Polizeibericht als seriöse Quelle, weil ja bekanntlich die Polizei des „Ständestaats“

mit dem „bigotten Halbfaschismus des Dollfuß“ nichts zu tun hatte...

Es ist zu hoffen, dass Kurt Bauer bei der Erforschung der Opfer des Februar 1934 noch ein paar mehr findet als jene, die den in den Gemeindebauten Verschanzten zum Opfer fielen. Denn „diese Bewaffneten (nämlich sozialdemokratische Schutzbündler) schossen [...] auf alles, was sich in der Umgebung dieser Wohnhäuser regte. Nicht nur auf Polizei, Heer oder Heimwehr, häufig auch auf zufällig vorbeikommende Passanten, auf Bewohner von Nachbarhäusern und so weiter“.³³

Anmerkungen:

- 1/ Der hier abgedruckte Beitrag ist eine aktualisierte und überarbeitete Fassung des Abschnitts „Die bekannten und unbekanntenen Opfer des Februars 1934: Gefallene und hingerichtete Schutzbündler und Parteifunktionäre, zivile Zufallsopfer“ meines Beitrags „Opferzahlen als Tabu. Totengedenken und Propaganda nach Februaraufstand und Juliputsch 1934“, in: Ilse Reiter-Zatloukal/Christiane Rothländer/Pia Schönberger (Hg.): Österreich 1933–1938. Interdisziplinäre Annäherungen an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime. Wien, Köln, Weimar 2012, S. 111–128 (hier: S. 116–122).
- 2/ Kurt Bauer: Schwieriges Vermächtnis, in: *Der Standard*, 8.2.2014.
- 3/ Peter Huemer: Das 34er-Jahr: Widerstand und Heroismus, in: *Der Standard*, 12.2.2014.
- 4/ Johannes Koll: Kollateralschäden und Verantwortung, in: ebd.
- 5/ Kurt Bauer: Die vielen Wahrheiten des Februars. Eine Replik auf die „einseitige Sicht“ von Kritikern der geteilten Schuld, in: *Der Standard*, 19.2.2014.
- 6/ Ebd.
- 7/ Otto Bauer: Der Aufstand der österreichischen Arbeiter. Seine Ursachen und Wirkungen. Prag 1934, mit Nachdrucken zum 40. Jahrestag (Wien 1974) und im 3. Band der Werkausgabe (Wien 1976).
- 8/ Als „Versuch, in Anlehnung an Italien ein faschistisches System ‚von oben‘ zu etablieren“, wird das vom christlichsozialen Bundeskanzler Engelbert Dollfuß im Bündnis mit den faschistischen Heimwehren sowie, nach seiner Ermordung, durch seinen Nachfolger Kurt Schuschnigg errichtete Regime in einem 2013 erschienenen Sammelband charakterisiert: Florian Wenninger/Lucile Dreidemy (Hg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933–1938. Vermessung eines Forschungsfeldes. Wien, Köln, Weimar 2013. Die Autorinnen und Autoren des Bandes verwendeten meist die Begriffe Austrofaschismus (einige mit, einige ohne Anführungszeichen) bzw. Ständestaat (ausschließlich mit Anführungszeichen).
- 9/ Helmut Wohnout: Regierungsdiktatur oder

Ständeparlament? Gesetzgebung im autoritären Österreich. Wien, Köln 1993 (Studien zu Politik und Verwaltung, Bd. 43). In späteren Vorträgen prägte Wohnout, um auf die überragende Rolle Dollfuß' bei der Etablierung der Diktatur hinzuweisen, daneben den Begriff „Kanzlerdiktatur“.

10/ Die Zeittafel 1930–1934 (d.h. von den Nationalratswahlen im November 1930 bis zum Nazi-Putsch im Juli 1934) in dem vom damaligen Nationalratspräsidenten Andreas Khol eingeleiteten Tagungsband des im Parlament abgehaltenen Symposiums zum 70. Jahrestag des Februar 1934 trug den Titel „Von der parlamentarischen Demokratie zu Regierungsdiktatur, Bürgerkrieg und Putschversuch“: Günther Schebeck (Hg.): Österreich 1934. Vorgeschichte – Ereignisse – Wirkungen. Wien, München 2004, S. 113.

11/ Emmerich Tálos: Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933–1938. Wien 2013.

12/ Evan Burr Bukey in einer unveröffentlichten Rezension des Buches: „The Dollfuss-Schuschnigg dictatorship resembled a fascist state in many ways, but is probably best characterized as a nasty regime of fascist wannabes.“

13/ Julius Deutsch: Der Bürgerkrieg in Österreich. Eine Darstellung von Mitkämpfern und Augenzeugen. Karlsbad 1934, S. 99.

14/ Zit. u.a. in: Charles A. Gulick: Österreich von Habsburg zu Hitler, Wien 1948, Bd. 4, S. 327.

15/ Zit. in: Winfried R. Garscha/Hans Hautmann: Februar 1934 in Österreich, Berlin, Wien 1984, S. 148.

16/ Ebd.

17/ Gerhard Botz: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918–1938, München 1983², S. 307.

18/ Ebd., S. 258.

19/ Zit. in: Helmut Konrad: Der 12. Februar 1934 in Österreich, in: Schebeck (Hg.): Österreich 1934, S. 25.

20/ www.demokratiezentrum.org/themen/demokratieentwicklung/1918-1938/staendestaat.html [12.2.2014].

21/ www.viennatouristguide.at/Friedhofe/Zentralfriedhof/Opfergraeber/o_09_1934zivil.htm

[1.3.2012].

22/ G. E. R. Gedye *Fallen Bastions. The Central European Tragedy*. London 1939; die amerikanische Ausgabe (New York 1939) erschien unter dem Titel „Betrayal in Central Europe. Austria and Czechoslovakia: The Fallen Bastions“.

23/ Ders.: *Die Bastionen fielen. Wie der Faschismus Wien und Prag überrannte*. Wien 1947.

24/ Kurt Peball: Februar 1934: Die Kämpfe, in: *Das Jahr 1934: 12. Februar. Protokoll des Symposiums in Wien am 5. Februar 1974*. München 1975 (Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938, Bd. 2), S. 25–33 (hier S. 32).

25/ Everhard Holtmann: Politische Tendenzjustiz während des Februaraufstandes 1934, in: ebd., S. 45–57.

26/ Ebd., S. 49.

27/ Vgl. die kurze Überblicksdarstellung von Wolfgang Neugebauer in seinem Beitrag „Repressionsapparat und -maßnahmen 1933–1938“ im „Austrofaschismus“-Sammelband: Emmerich Tálos/Wolfgang Neugebauer (Hg.): *Austrofaschismus. Politik-Ökonomie-Kultur 1933–1938*. Wien 2005⁵, S. 298–321 (hier S. 303f.).

28/ Werner Anzenberger/Martin F. Polaschek: *Widerstand für eine Demokratie*. 12. Februar 1934. Graz 2004. Polascheks Monografie „Der Februar 1934 und die Justiz“ stellt den 2. Teil des Buches, ab Seite 187, dar.

29/ Ebd., S. 205–212.

30/ Ebd., S. 46.

31/ „Das sind ja Märchen. Sie sind ein verstockter Sünder“, in: *Oberösterreichische Nachrichten*, 12.2.2009. Siehe auch: Gabriella Hauch: „... Je härter die Urteil, desto gerechter ...“. Todesurteile in den Standgerichtsprozessen in Oberösterreich, in: Karl R. Stadler: *Sozialistenprozesse. Politische Justiz in Österreich 1870–1936*. Wien, München, Zürich 1986, S. 317–328 (hier S. 323–325).

32/ Bauer: Schwieriges Vermächtnis.

33/ Ebd.

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT, Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung, Drechslergasse 42, 1140 Wien

Vereinsvorstand: Mag. Alexander Dinböck, Dr. Winfried R. Garscha, Univ.-Doz. Dr. Peter Goller, Mag. Dr. Heimo Halbrainer, Univ.-Prof. i.R. Dr. Hans Hautmann, MMag. Martin Krenn, Mag. Dr. Claudia Kuretsidis-Haider, Dr. Walther Leeb (Präsident), Dipl.-Ing. Friederike Lerch (Kassier), Mag. Dr. Simon Loidl (Schriftführer), Mag. Manfred Mugrauer (wissenschaftlicher Sekretär), Univ.-Prof. i.R. Dr. Gerhard Oberkofler (Vizepräsident), Dr. Elke Renner, Irma Schwager (Vizepräsidentin), Fini Seif, Ass.-Prof. Mag. Dr. Valentin Sima, Dr. Wilhelm Weinert.

Grundlegende Richtung: Die ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT ist eine gemeinnützige Organisation, deren Tätigkeit ausschließlich wissenschaftlichen und volksbildnerischen Zwecken dient. Ihre Aufgabe und diejenige ihres Periodikums „Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft“ ist die Erforschung der gesellschaftlichen Entwicklung in Österreich, insbesondere der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung.

Februarkämpfer vor dem Standgericht

BRUNO SOKOLL

Bruno Sokoll, geboren am 24. Mai 1898 in Neu-Titschein in Nordmähren, arbeitete als Eisendreher und Straßenbahnschaffner und war vor 1934 Vertrauensmann der Floridsdorfer Sozialdemokratie. Am 16. Februar 1934 wurde er wegen Teilnahme an den Kämpfen standrechtlich zum Tode verurteilt, dann zu 15 Jahren Kerker begnadigt und 1935 anlässlich der „Weihnachtsamnestie“ enthaftet. Der Februar 1934 markierte auch Sokolls Bruch mit der Sozialdemokratie. 1945 improvisierte er nach der Befreiung das Bezirksernährungsamt in Floridsdorf und gehörte der Bezirksleitung der KPÖ an. Er starb am 26. November 1989. Der folgende Text ist ein Auszug aus einem 1974 von Sokoll verfassten Manuskript über die Jahre 1934 bis 1938 („Vom Standgericht zum Verhandlungstisch. Dokumentarbericht der illegalen Tätigkeit und Stellungnahme zu den politischen Verhältnissen in den Jahren 1934 bis 1938“), das im Zentralen Parteearchiv der KPÖ aufbewahrt wird.

Die Tragödie des verzweifelten Widerstands des Republikanischen Schutzbundes am 12. Februar 1934 gegen den brutalen Angriff der kleriko-faschistischen Regierung, der der österreichischen Demokratie den Todesstoß versetzte und die Auflösung aller Arbeiterorganisationen zur Folge hatte, ging dem Ende zu, als auf dem Gasbehälter des Leopoldauer Gaswerkes die weiße Fahne zum Zeichen der Kapitulation hochgezogen wurde. Es war ein ergreifendes Abschiednehmen auf lange Zeit und für manche für immer. Der Regierungs- und Heimwehrterror begann zu wüten, tausende Schutzbündler wanderten in die Gefängnisse, viele hunderte flüchteten in das benachbarte Ausland.

Am Donnerstag, dem 15. Februar, wurde ich auf meiner Dienststelle im Straßenbahnbahnhof Floridsdorf verhaftet. Nach unbeschreiblichen Misshandlungen am Floridsdorfer Polizeikommissariat wurde ich mit vielen Genossen in das Polizeigefangenenhaus Elisabethpromenade geführt und in eine Zelle gebracht, in der bereits fünf Nazi, Bomben- und Böllerleger, inhaftiert waren. Im Gespräch mit ihnen sagten sie mir: „Wir wünschten eine Niederlage der Regierung und bedauern, dass es für Euch schief gegangen ist. In längstens einem

halben Jahr kommen wir zum Zug, aber dann geht es bestimmt nicht schief.“ Sie erzählten, mit welcher Spannung sie die Kämpfe draußen verfolgten, sie wurden laufend von ihren Gesinnungsgenossen der Polizei informiert und sprachen mit Hochachtung von dem Opfertod Georg Weissels und Karl Münchreiters. Sie waren von den Kämpfen sehr beeindruckt und brachten dem Schutzbund große Sympathien entgegen.

Im Laufe des Gespräches kamen wir uns menschlich sehr nahe, sie behandelten mich außerordentlich fürsorglich nach den erlittenen Misshandlungen und teilten mit mir das Essen, da ich auf Hungerration gesetzt war. Am nächsten Morgen, als mich die Wache zum Standgericht abholte, umringten mich meine Zellenengenossen, und die Wache musste Gewalt anwenden, um mich aus der Umklammerung zu lösen. Mit dem Ruf „Mach's gut, Du darfst nicht sterben!“ verabschiedeten sie sich von mir.

Das Standgericht, das Johann Giller, den Schutzbundkommandanten vom Straßenbahnhof Floridsdorf, Josef Kahofer, Rudolf Mach, Konrad Lötsch jun. und mich abzuurteilen hatte, trat am Freitag, den 16. Februar 1934, um 14 Uhr zusammen. Fünf Minuten vor der Verhandlung kam der vom Standgericht bestellte Verteidiger Dr. Burg zu mir und fragte mich, ob ich ihm Mitteilungen zu machen habe. Ich protestierte gegen die mir vom Standgericht aufgezwungene Verteidigung, da man mir die Wahl eines Verteidigers verweigerte, beharrte auf Selbstverteidigung und verwies schließlich auf die Anklageschrift. Das Standgericht ließ mich nicht zu Wort kommen, Giller und ich wurden zum Tode durch den Strang verurteilt, Mach, Kahofer und Lötsch wurden dem ordentlichen Gericht überwiesen.

Um dreiviertel eins Mitternacht wurde das Urteil gesprochen, um dreiviertel vier Uhr sollte der Vollzug durchgeführt werden. Man fragte mich, ob ich einen Seelsorger wünsche, nach einiger Überlegung sagte ich: „Er soll kommen.“ Giller und ich nahmen von den anderen drei Genossen Abschied und sangen gemeinsam das „Kinderfreundlied“. Wir wurden in die Todeszelle des Landesgerichtes I in der Landesgerichtsstraße abgeführt. Dort wurden wir getrennt und jeder von uns bekam sechs Wachebeamte als Gesellschafter zugeteilt.

Nachdem ich meine letzten Wünsche ausgesprochen hatte, fragten mich die Wacheleute, ob ich in der Lage wäre, ihnen zu sagen, wie es zu dieser Katastrophe kommen konnte, und ich erzählte ihnen über den Kampf der Arbeiter um die Existenz der Republik bis zum tragischen Ende, das auch mein Schicksal besiegeln sollte. Gedankenvoll und still saßen meine Gesellschafter mir gegenüber, dann sprach einer der Wachebeamten mit tiefer Ergriffenheit: „Es ist furchtbar und unfassbar; hierher gehören die Verbrecher Starhemberg und Fey! Wir wussten so manches, und Ihr Vortrag bestätigt unsere Vermutungen, aber es kommt noch eine andere Zeit.“

Schritte näherten sich, der Seelsorger trat ein. Wir erhoben uns von unseren Sitzen, er begrüßte uns mit einem „Grüß Gott!“ „Sie sind Sokoll Bruno?“ „Ja.“ „Sie haben mich rufen lassen, wünschen sie zur Kirche zurückzukehren?“ „Nein, ich habe Sie rufen lassen, um Sie zu bitten, der Öffentlichkeit mitzuteilen, dass ich als Konfessionsloser kein prädestinierter Verbrecher bin, den man zum Tode verurteilt hat!“ Er war fassungslos und tiefe Niedergeschlagenheit prägte sich in seiner Haltung aus. „Um Gottes Willen, wie kommen Sie zu diesem Ansinnen, wie ist denn dies möglich, bitte erzählen Sie!“ So erzählte ich ihm, dass mein Leidensweg neben den psychischen Misshandlungen bisher stets von wüsten Beschimpfungen begleitet war, wie zum Beispiel, dass ein Konfessionsloser nur ein Verbrecher und das natürliche Ende nur der Galgen sein kann. „Ich habe deshalb das Bedürfnis, mit Ihnen, Hochwürden, zu sprechen, von dem ich mit Recht annehmen kann, dass Sie meinen letzten Willen respektieren werden.“

Der Seelsorger war erschüttert und fragte mich, warum ich aus der Kirche ausgetreten sei. Ich berichtete, dass ich kirchengläubig erzogen worden und auch heute noch religiös bin, obzwar ich mich von der Kirche losgesagt habe. Diesem Entschluss ging ein langer Gewissenskonflikt voraus, der seine Ursachen in den vielen Widersprüchen der Kirche, die sie in sich trägt, fand. Der Krieg war mein erstes erschütterndes Erlebnis.

Christ gegen Christ mordeten sich im Namen Gottes, die Waffen wurden zu blutigem Gebrauch gesegnet, Verbrechen aller Art wurden im Namen Gottes

von der Kirche sanktioniert, sie mute sich eine Monopolstellung für die Seligmachung der Menschen an. Ich kam zur Erkenntnis, dass wahre Religiosität mit der Kirche nicht identisch sein muss, dass es vielmehr darauf ankommt, der Bergpredigt nachzueifern und die zehn Sittengebote zu befolgen. Ich lehnte es ab, einem Kult zu huldigen, in dem der Name Gottes eitel genannt wird. Ich halte es mit Goethe, der sagte: „Wer nicht hat Religion, der habe Religion!“ Daraus mögen Sie erkennen, dass mein Entschluss, aus der Kirche auszutreten, keiner politischen Modebewegung zuliebe erfolgte, sondern das Resultat einer vieljährigen Gewissensforschung war. Sie kennen, Hochwürden, gewiss die Lehren von Plato, Sokrates, Aristoteles und Zenos. Und Aristoteles bot dem heiligen Augustinus besonderen Anlass zu Betrachtungen, der auch da sagte: „Wenn der Rechtsboden beseitigt ist, was kann sonst herrschen als ein großes Räubereiwesen.“ Man hat den Rechtsboden beseitigt, indem man die Verfassung unseres Vaterlandes beseitigt und einem Teil des Volkes schonungslos den Krieg erklärte. Nun triumphiert der Sieger, der aus seiner Macht das Recht ableitete, von dem Recht seiner Macht ausgiebig Gebrauch zu machen und diejenigen sterben zu lassen, die es für ihre Pflicht hielten, für die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs einzustehen. Darum bitte ich Sie als Zeuge meines Vermächtnisses, der Öffentlichkeit mitzuteilen, worum ich Sie gebeten habe. Dem Seelsorger flossen die Tränen über die Wangen.

Ein Wachebeamter musste hinausgeführt werden, ich war erschöpft, fühlte mich aber frei und erleichtert. „Es ist die schwerste Stunde meines Lebens“, sagte der Seelsorger tief bewegt. „Ihr Unglück ist es, in diese unglückliche Zeit hineingeboren zu sein. Sie sind kein schlechter Mensch. Ich bitte Sie, mir zu erlauben, Sie auf ihren letzten Wegen begleiten zu dürfen. Ich will zum Herrgott beten, dass er Ihnen die Kraft verleihen möge, das Schwerste zu bestehen. Ich will beten, dass Ihnen dieser letzte Weg erspart bleiben möge.“ Es war ein unvergesslicher Augenblick. Wir fühlten uns alle so menschlich nahe.

Es näherten sich Schritte, ein Wachebeamter trat ein und befahl: „Fertig machen!“ Ich wurde mit Hans Giller in die Mitte genommen, es ging durch einen endlos langen Korridor. Es war unheimlich still. Ich reckte mich hoch, es rieselte mir kalt über den Rücken, meine Nerven waren zum Zerreißen gespannt. Wir

kamen vor der Totenkammer, in der Swoboda lag, vorbei, er wurde vorher um halb zehn Uhr hingerichtet.

Nein, der Mensch stirbt nicht leicht, niemals bildete ich mir ein, ein Held zu sein, es gibt keine Helden. Die Menschen sind als Feiglinge geboren, immer ist es das winselnde und wimmernde Leben, das sich um seines selbst willen nicht aufgeben will. Was den Menschen von der armseligen Kreatur unterscheidet, ist ein Bewusstsein, das ihm befähigt, eine Lebenseinstellung zu besitzen und auch eine Einstellung zum Sterben. Ja, ich war dazu vorbereitet, ich wollte kein Schwächling sein. Ich weiß, was ich mir und allen freiheitsliebenden Menschen draußen schuldig bin. Wenn ich sterben muss, dann soll es nicht unbeachtet bleiben, die Opfer dürfen nicht umsonst gebracht worden sein.

Endlich kamen wir zu einem kleinen Raum, in dem sich das Standgericht befand. Es war halb vier Uhr morgens. Der Präsident Hanel trat hervor und verlas mit erhobener Stimme die Begnadigung, für Giller zu lebenslangen und für mich zu 15 Jahren schweren Kerkers. Ich weiß nicht mehr, was ich sagte, ich glaubte zu träumen. Einige Herren aus dem Gefolge des Standgerichts reichten mir die Hand. Die Verteidiger zeigten sich sichtlich erfreut. Unsere Begleiter umringten uns, ihre Freude kannte keine Grenzen, und sie mussten sich große Hemmungen auferlegen. Einer flüsterte mir das Götzzitat zu: „Sie können Dich“, und fügte bei: „Nicht länger als zwei Jahre!“ Giller und ich umarmten uns, eine tiefe Bewegung ging durch die Anwesenden.

Der Seelsorger strahlte verklärt, er fasste mich mit beiden Händen, diesmal waren es Tränen der Freude, die über seine Wangen liefen. „Ich bin so glücklich, ich flechte zu Gott und danke ihm, dass er mir die schwersten Stunden meines Lebens nicht erspart hat. Ich bin an Erkenntnis reicher geworden. Unser Herrgott ist als Mensch am Kreuze gestorben, um die Menschen zu erlösen, und immer wieder sterben Menschen um des Glaubens willen und auch ihr solltet das Opfer Eurer Überzeugung werden. Ihr seid die besten Menschen, die ich mir vorstellen kann. Ich wünsche Euch von ganzem Herzen das Beste und vor allem, dass Ihr die Kraft haben möget, die bittere Zeit Eurer Abschließung von der Außenwelt würdig zu ertragen. Es wird die Zeit kommen und es wird nicht allzu lange dauern, dann werdet Ihr rein und makellos in unsere Reihen zurückkehren. Ich brauche Euch keine Lehren zu geben, aber



Bruno Sokoll im Jahr 1933

ich kann Euch sagen, ich habe unter Seipel und Piffel die Schulbank gedrückt, ich habe nie gemocht, dass sie sich mit Politik beschäftigen; dass sie es dennoch getan haben, das war auch Euer Unglück!“

Diese ehrlichen priesterlichen Worte waren von einem Menschen gesprochen, der erfüllt war von seiner priesterlichen Sendung, dem seine schwere Aufgabe immer wieder Prüfungen von neuem auferlegt hat, die ihn weit über das rein Menschliche erhoben.

Wir standen wieder auf dem Boden der Wirklichkeit, und ich sprach zu ihm: „Wir danken Ihnen, Hochwürden, für Ihren priesterlichen Beistand. Mögen in mancher Hinsicht unsere Auffassungen auseinandergehen, niemals aber werden wir Ihnen, sowie allen, die mit Verständnis unseren Zustand erkannt haben, unsere Achtung, Liebe und Respekt versagen können. Wir sind überzeugt, dass es im Bemühen, zu verstehen, Recht zu tun, viel weniger Irrtümer und Unrecht geben würde, wenn Menschen menschlich denken und handeln würden!“ Noch einmal drückte er uns beiden innig die Hände und verabschiedete sich mit „Gott befohlen, bleibt stark und gesund!“

Das war Msgr. Köck, der in weiterer Folge der unheilvollen tragischen Entwicklung Österreichs, die mit 1934 ihren Anfang nahm und erst 1945 ihr Ende fand, tausenden unserer Kameraden in den Todeszellen Kamerad, Freund und Tröster war und seine priesterlichen Pflichten unter Lebensgefahr versah. Sein Wirken wird unvergessen bleiben, denn er war ein wahrhaft guter Mensch.

Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Es gab auch andere im priesterlichen Gewande, die nicht Wahrheit, Barmherzigkeit und Gerechtigkeit predigten, sondern Hass und unversöhnliche Feindschaft. Am 12. Jänner 1934, als der Obmann der religiösen Sozialisten Otto Bauer zu Pater Bichlmaier kam und ihn um Vermittlung zur Beilegung der Gegensätze mit der Regierung bat, sagte dieser zu ihm: „Nehmen Sie zur Kenntnis, dass mit der Sozialdemokratischen Partei Schluss gemacht wird!“ Als Bauer aufstand, um wegzugehen, sagte Pater Bichlmaier noch einmal: „Sie glauben also, Herr Bauer, dass die Arbeiterschaft Widerstand leisten wird? Wie viele Tote wird es Ihrer Meinung nach geben?“ „Mindestens dreimal so viele als am 15. Juli 1927.“ „So ungefähr habe ich es mir auch vorgestellt“, lautete die Antwort Bichlmaiers. „Es gibt Situationen, in denen man so etwas in Kauf nehmen muss.“

An den Gräbern der Gefallenen sagte Bichlmaier unter anderem: „Marxismus, Kulturkampf, Freidenkertum und materialistische Geschichtsauffassung sind erklärte Tatsachen gegen die Religion und Sittlichkeit, die als ideologischer Überbau der jeweiligen Wirtschaftsordnung gelten sollten. Die Opfer fielen nicht mehr für den Sozialismus, sondern für die Partei.

Walter Winterberg 90 Jahre

Am 24. Jänner feierte unser Mitglied Walter Winterberg seinen 90. Geburtstag. Winterberg wurde 1924 in Wien geboren. 1943 auf der Flucht vom Zwangsarbeitsdienst aufgegriffen, wurde er zunächst ins Gestapo-Auffanglager Reichenau bei Innsbruck gebracht, 1944/45 war er im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert, wo er der illegalen Lagerorganisation der KPÖ angehörte. Nach der Befreiung vom Faschismus war er Aktivist der KPÖ und arbeitete bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1989 als Kriminalbeamter.

Walter Winterberg nimmt großen Anteil an den Aktivitäten der *Alfred Klahr Gesellschaft*, beispielsweise als Zeitzeuge beim Vortrag von Hans Hautmann über „Kommunistinnen und Kommunisten in der Wiener Polizeidirektion“ im Jahr 2012. In den letzten Jahren hat er auch zwei Bücher veröffentlicht, in denen er das aktuelle politische Geschehen analysiert.

Die Sozialdemokratische Partei war ein Parteikoloss, zum Parteikadaver abgestorben und findet sein Ende auf dem Friedhof der Geschichte. Die Kämpfer lebten in der Erinnerung an der einstigen Größe und Bedeutung und kämpften um eine verlorene Sache. Sie waren im Untergang größer als in dem, was sie vertraten.“

Wie es zu dieser Begnadigung kam, erfahren wir später, nach unserer Freilassung. Der Vollzug des Todesurteils wurde ausdrücklich, auf Anfrage des Standgerichtes, von Starhemberg und Fey angeordnet. In den bangen Stunden des Wartens auf den Vollzug begann die Intervention ausländischer Mächte beim Bundespräsidenten, Todesurteile nicht mehr zu bestätigen und bei der Regierung, Todesurteile bei den Gerichten nicht mehr zuzulassen. So waren Giller und ich die ersten, die der Henkerjustiz entrissen wurden. Jedoch sollte Koloman Wallisch, einige Tage später, dem Henker zum Opfer fallen, der gehasste Mann der Reaktion, der durch keine Intervention am Leben bleiben durfte.

Nach der bewegten Begnadigungsepisode wurden wir im Triumph wieder in das Landesgericht II zurückgebracht. Alle Zellen der Februrkämpfer waren von unserer Ankunft avisiert, es begann ein Trommeln, Rufen und Toben, und als wir uns beim Spaziergang im Gefangenenhof begrüßten, es waren unter vielen, vielen anderen, Major Eifler, Willi Swatoch, Seiver, sagten sie uns: „Ihr wart hoffentlich die letzten, die zum Tode verurteilt wurden.“ In dieser Gemeinschaft der Gefangenen wurde es klar, die Regierung hat einen Sieg erfochten, aber nicht den Krieg gewonnen. Franz Bauer aus Simmering sang aus voller Kehle das Lied des Gefangenenchores aus „Nabucco“, und es sammelte sich eine große Menge vor dem Gefangenenhaus und lauschte dem ergreifenden Gesang unseres Genossen.

Giller und ich wurden mit einer großen Partie Februrkämpfer in die Strafanstalt Stein a. d. Donau gebracht. Es waren unter anderem Seiler, Kastinger und Kalab vom Reumannhof, Dangl, Findra, Thuma und Fibril vom Ottakringer Arbeiterheim und Morauf aus Favoriten. Einige Tage später folgten Josef Kohl vom Leopoldauer Gaswerk, Sturm vom Jedlersdorfer Schutzbund aus Floridsdorf und Fritz Quastler aus Hietzing und später noch viele andere.

Die Hausordnung der Strafanstalt Stein war außerordentlich streng, und der Direktor Reg.-Rat Adam machte bei seiner Begrüßung uns gegenüber über seine Einstellung kein Hehl, indem er sagte, wir seien gefährlicher als die gemeinsten Ver-



Bruno Sokoll in den 1980er Jahren (DÖW)

brecher und wir hätten uns nicht zu beklagen, wenn unser Aufenthalt mit äußerster Strenge geahndet wird. Wir beklagten uns zwar nicht, aber unsere Einstellung war und blieb, eine Beziehung zur Außenwelt herzustellen. Diese Bemühungen blieben nicht erfolglos, aber sie mussten mit Korrektur unter den schwersten Bedingungen bezahlt werden.

Zunächst herrschte Grabesstille in unseren Zellen, die durch die krachenden Böller und Bomben der Nazi unterbrochen wurde. Das Naziproblem wurde für uns äußerst aktuell, umso mehr, als die Entwicklungsperspektiven Österreichs für uns Gefangene in Stein andere waren als für die nun in die Illegalität gestoßene Arbeiterschaft, die aus der Schockwirkung der Katastrophe erwachend, nun zum Widerstand gegen das Dollfuß-Regime eintrat.

Es war der organisierte passive Widerstand der Sozialisten, gegenüber der aktiven Angriffstaktik der Nazi, die mit offenem Terror der Regierung entgegentraten. Die Versuche der Regierung, die Arbeiterschaft durch die Diskriminierung der sozialdemokratischen Parteiführung zu gewinnen, indem sie diese mit der ganzen Last der Verantwortung für die Ereignisse des 12. Februar 1934 belastete, schlug fehl, ja musste fehlschlagen, da die Regierung nur mit dem Führungskörper der Partei rechnete, aber nicht das politische und proletarische Kraftpotenzial der Massen der Arbeiterschaft in Rechnung stellte. Der Gedanke der Regierung, ihre Gegner einen nach dem anderen zu erledigen, schlug fehl, trotz Standrecht und Ausnahmegesetz, trotz der Verlockungen und Verheißungen der Segnungen von „Quadragesimo Anno“, „Rerum Novarum“ und sozialem Ständestaat.

Der Februar 1934 in Salzburg

PETER MÄRZ

Vor 80 Jahren kam es zu einem Aufbäumen der linken Kräfte gegen die Zerschlagung der organisierten ArbeiterInnenschaft und gegen die österreichische Variante des Faschismus. Vor allem in Wien, Linz, Steyr, dem Kohlrevier im Hauruckviertel, in Graz und der Obersteiermark kam es dabei zu Kampfhandlungen. Die Februar-Ereignisse des Jahres 1934 kosteten (nach offiziellen Angaben) rund 300 Schutzbundmitgliedern und ZivilistInnen das Leben, 800 Personen wurden verwundet, rund 125 Polizisten und Soldaten starben, die anschließend tagenden faschistischen Standgerichte fällten neun Todesurteile, mehrere tausend Beteiligte wurden verhaftet.

Häufig als Bürgerkrieg bezeichnet, sind die Ereignisse des Februar 1934 eher als Aufstand von ArbeiterInnen und Arbeitern, aber auch von Arbeitslosen gegen den Klerikalfaschismus, der das Land seit der kaltblütigen Ausschaltung des Nationalrates im März 1933 in seinem Würgegriff hatte, zu begreifen. Im Zuge der so genannten Ausschaltung des Parlaments eliminierte Dollfuß nach und nach die bis dato erreichten demokratischen Strukturen und regierte mit Notstandsgesetzen. So verbot er den Republikanischen Schutzbund, also die bewaffnete Formation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die Kommunistische Partei mit samt ihrem bewaffneten Arm, der Revolutionären Arbeiterwehr sowie die traditionellen Maiaufmärsche. In weiterer Folge schränkte die Regierung das Streikrecht erheblich ein, verhängte das Standrecht und führte die Todesstrafe ein. Bereits zu diesem Zeitpunkt forderte die Basis der Sozialdemokratie ein schärferes Auftreten ihres Parteivorstandes – in der SDAP gärte es und bis zum Februar 1934 sollte sich das nicht ändern.

Der ursprüngliche Angriffsplan sah vor, dass die Leitung der SDAP zu einem Generalstreik aufrufen, der Schutzbund die Waffen an seine Mitglieder verteilen sollte. Dazu kam es allerdings vorerst nicht. Die Führungsriege der SDAP um Otto Bauer und Karl Renner verweigerte sich diesem Plan, zog sich zurück und verhandelte sogar mit der Regierung Dollfuß – in der Hoffnung, mit der Vaterländischen Front gemeinsam gegen die immer stärker werdenden Nationalsozialisten vorzugehen. Diese Entwick-

lung war für immer mehr SozialdemokratInnen und andere linke Kräfte nicht mehr mitzutragen. Die meisten von ihnen waren organisiert im illegalen Republikanischen Schutzbund und in der (noch legalen) Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Die KPÖ, bereits seit Mai 1933 verboten, spielte, nicht zuletzt auf Grund ihrer inneren Zerrissenheit, dabei eine eher geringe Rolle. Ihre Kampforganisation, die im April 1933 behördliche aufgelöste Revolutionäre Arbeiterwehr, hingegen schickte ihre Mitglieder bewusst in den Republikanischen Schutzbund, um dort mit den SozialdemokratInnen gemeinsam eine Strategie gegen den Heimwehfaschismus zu entwickeln. Hier ist noch auf eine Besonderheit hinzuweisen: während in den meisten europäischen Staaten die ArbeiterInnenklasse spätestens seit 1923 keine Kampfformationen mehr besaß, standen sowohl der Schutzbund, als auch die Revolutionäre Arbeiterwehr unter Waffen.

Die Regierung setzte ihre repressive Politik fort, diese gipfelte in der geplanten Entwaffnung des Republikanischen Schutzbundes. Das Signal zum Aufstand gab schließlich Richard Bernaschek, Landespartei sekretär der oberösterreichischen SDAP und Obmann des dortigen Schutzbundes, nachdem er einer Polizeieinheit die Durchsuchung des Hotel Schiff, Hauptquartiers des Schutzbundes, nach dort vermuteten Waffendepots verweigerte. Die nun folgenden vier Tage andauernden Kämpfe waren äußerst brutal und äußerst ungleich. Bereits im Vorfeld konnte die Polizei zahlreiche hochrangige Schutzbundfunktionäre inhaftieren. Dies führte dazu, dass nur diesen Personen bekannte Waffendepots nicht mehr zur Verfügung standen. Der geplante Generalstreik wurde nicht vollzogen. Ebenso gelang es nicht, die Eisenbahnstrecken lahmzulegen, wodurch das Bundesheer seine Truppen problemlos in die Kampfgebiete verlegen konnte. Die wenigen Waffen, die ausgegeben wurden, reichten nicht aus, die Munition war ohnehin knapp. Die taktische Anordnung, erst dann zu schießen, wenn Bundesheer und Polizei angriffen, führte zu einem Verlust an Initiativkraft. Dennoch war der Widerstand stark, erst nach mehreren Tagen gelang den gegnerischen Truppen der blutige Durchbruch. Bundeskanzler Dollfuß ordnete am 13. Februar an, gegen

die streikenden Arbeiter der Simmeringer E-Werke mit Giftgas vorzugehen. Dies scheiterte, da das Bundesheer gemäß dem Vertrag von Saint-Germain nicht mehr über Gasgranaten verfügte.

Die Ereignisse in Salzburg

Auch in Salzburg gab es einige Aktionen, ein Teil der Schutzbundmitglieder warteten nur noch auf das Zeichen zum Losschlagen. Die Salzburger Parteiführung indes gab weder den Aufruf zum Generalstreik noch den Einsatzbefehl für den Schutzbund weiter, sondern berief eine Konferenz des Partei- und des Schutzbundvorstands ein. Diese Gelegenheit nutzte die Polizei, die zentralen Akteure in ihrem Parteilokal in der Wolf-Dietrich-Straße widerstandslos zu verhaften. In der Folge herrschte am Montag, dem 12. Februar beinahe völlige Ruhe in Salzburg, das hier stationierte Militär konnte nach Wien bzw. nach Hallein verschickt werden. Noch zuvor waren die Waffen aus den Parteiheimen in private Verstecke gebracht worden, nur die kurz darauf inhaftierten Vorstandsmitglieder wussten über die neuen Lager Bescheid – eine Bewaffnung war daher nicht mehr möglich. Lediglich die Bau- und Straßenarbeiter legten wenige Stunden ihre Arbeit nieder. Zu den einzigen bewaffneten Kampfhandlungen in Westösterreich kam es in Tirol – in Wörgl, Häring und Kirchbichl, die dortigen ArbeiterInnen blieben aber vollständig isoliert.

In Salzburg begannen die eigentlichen Aktionen dann erst am 13. Februar mit Streiks der Arbeiter in der Brauerei Kaltenhausen, der Wasserbauarbeiter und der Arbeiter der Zellulosefabrik. Die rund 200 beteiligten Schutzbündler wurden dabei von Landtagsvizepräsident Anton Neumayr (SDAP) beschwichtigt. Der Aufstand sei aussichtslos, Gewalt das falsche Mittel. In der Folge wurden Neumayr und die gesamte Halleiner Streikleitung (rund 30 Personen) verhaftet. Dennoch kam es zu weiteren Sabotageaktionen und Widerstandshandlungen. So wurde in Tabing bei Oberndorf eine Weiche gesprengt, in der Nähe der Haltestelle Fichtelmühle bei Hallwang wurden die Gleise der Ischlerbahn gesprengt, bei Uttendorf wurden die Gleise der Pinzgauer Lokalbahn verlegt. In Zell am See und Bischofshofen wurden zwar ebenfalls keine Gewehre ausgegeben,



Aufmarsch des Republikanischen Schutzbundes, ca. 1930/31.

aber sehr wohl Sprengstoff. Damit sprengte man die Telefon- und Starkstromleitungen. In der Stadt Salzburg gelang es, durch einen Streik und einen gesprengten Leitungsmast zwei Stunden lang die Eisenbahnstrecke lahmzulegen. Zudem blockierten die Eisenbahner in der Gnigl die dortige Remise II mit einer quergestellten, aus den Gleisen gehobenen Lok, um alle im Depot befindlichen Zugmaschinen an der Ausfahrt zu hindern. Parallel dazu kam es zu einigen Anschlägen auf die Stromversorgung, deren Auswirkungen jedoch gering waren. Das herbeigerufene Bundesheer besetzte daraufhin die Stadt und zwang die ArbeiterInnen zur Wiederaufnahme der Arbeit. Schlusspunkt in der Stadt war ein Bombenanschlag auf die Lokalbahnbrücke im Nonntal am 16. Februar.

Aus Rache für den missglückten Aufstand setzte sich die Tiroler Heimwehr nach Salzburg in Bewegung und verwüstete und plünderte dort mehrere Parteieinrichtungen, etwa in Saalfelden, Zell am See, Schwarzach, Bischofshofen und Hallein. Nach getaner Arbeit schickte man den Mob von Hallein aus mit Zügen zurück nach Tirol.

Die Gründe für den schwachen Widerhall des Aufstandes in Salzburg bzw. im gesamten Westen Österreichs sind vielfältig. Zum einen war der Industrialisierungsgrad eher gering, vorherrschend war in weiten Teilen eine agrarisch-kleingewerbliche Struktur. Die ideologische und praktische Schulung der linken Kräfte war gering, außerdem war der Reformismus der SDAP im Westen noch stärker fortgeschritten als im Osten des Landes. Die wenigen Orte mit einer organisierten ArbeiterInnenschaft waren

zudem weit voneinander entfernt und isoliert, viele potenzielle Orte des Widerstandes (Bischofshofen, Schwarzach, Saalfelden, Zell am See und das Gasteinertal) waren bereits seit 1933 durch zusätzliche Exekutivkräfte verstärkt worden, die radikale Heimwehr tat ein übriges zur Neutralisation. Zum anderen waren die wichtigsten Medien, allen voran der Rundfunk (RAVAG) fest in den Händen der Regierung. Dieses Monopol nutzend, ließ man permanent Erfolgsmeldungen verlautbaren. Dies führte wohl bei den schlecht informierten und unentschlossenen SDAP-FunktionärInnen zu Frust und Resignation.

Die Folgen

In der Folge des Februar 1934 erklärte die Regierung die SDAP und alle ihre Organisationen, ebenso die Gewerkschaften und den Verfassungsgerichtshof für aufgelöst. Offiziell wurden 118 Schutzbundangehörige bei den Kämpfen getötet, 468 verletzt, bei der Bombardierung des Reumann- und des Karl-Marx-Hofes in Wien starben nach offiziellen Angaben 196 ZivilistInnen, 319 wurden verletzt. Etwa 18.000 Personen wurden (zum Teil nur kurzzeitig) inhaftiert, davon 120 in Salzburg. Die Standrechtsprozesse führten zu neun Todesurteilen, etwa gegen den steirischen Nationalratsabgeordneten Koloman Wallisch. Hunderte Inhaftierte wurden in das Anhaltelager Wöllersdorf gebracht. Jenen, die die Flucht gelang, gingen zumeist in die Tschechoslowakei oder in die Sowjetunion. Viele schlossen sich auch den Internationalen Brigaden in Spanien an, um dort auf der Seite der Republik zu kämpfen. Aus Enttäuschung über die zö-

gerliche und verlogene Haltung der Führungsriege der SDAP wandten sich mehrere tausend SDAP-Mitglieder nach dem Februar 1934 der KPÖ zu. Diese erlebte einen enormen Aufschwung und konnte sich inhaltlich und organisatorisch festigen. In der Folge gelang es der KPÖ eine breite illegale Struktur aufzubauen und Widerstand zunächst gegen den österreichischen Klerikalfaschismus, dann gegen den deutschen Faschismus zu formieren und anzuleiten.

Und heute?

Scheinbar hat die SPÖ weniger denn je verstanden, wie sie sich zu den damaligen Ereignissen positionieren sollte. Das versöhnlerische Unwort der „geteilten Schuld“, wonach sowohl die aggressive Zerschlagungspolitik von Dollfuß wie auch die Radikalisierung des Schutzbundes erst zum „Bürgerkrieg“ geführt hätten, erlebt dieser Tage wieder einen Aufschwung. Erstmals fand heuer eine gemeinsame Gedenkveranstaltung von christlich-konservativen und sozialdemokratischen Organisationen statt, um dieser „Unrechtstagen“ zu gedenken. Wo, darf zu Recht gefragt werden, ist das Klassenbewusstsein geblieben? Um einen Denkanstoß zu bieten, sei schlicht darauf verwiesen, dass ein Porträt von Engelbert Dollfuß nach wie vor im Parlamentsklub der ÖVP hängt – eine bizarre Würdigung für eine Person, die nicht gezögert hätte, Giftgas gegen streikende ArbeiterInnen einzusetzen. Umso erstaunlicher, dass der Generalsekretär der ÖVP, Reinhold Lopatka, in einem Interview mit der Zeitschrift *profil* das Gemälde nach wie vor verteidigt.

Literatur:

- Die Demokratie wurde niederkartätscht, in: *Der neue Mahnruf*, Nr. 1–2/2004, S. 12.
 Dopsch, Heinz/Hoffmann, Robert: Salzburg. Die Geschichte einer Stadt. Salzburg, Wien, München 2008.
 Hautmann, Hans: Über den 12. Februar 1934, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 11. Jg. (2004), Nr. 1.
 Oberlechner, Roman: Februar 1934 in Salzburg. Salzburg 1978.
 Rauscher, Franz: Die Widerstandszentren des Februar 1934 und ihre strukturellen Besonderheiten. Salzburg 1979.
 Reisberg, Arnold: Februar 1934. Hintergründe und Folgen. Wien 1974.
 Soswinski, Ludwig: Wir kämpften für die Demokratie, in: *Der neue Mahnruf*, Nr. 2/1994, S. 1–2.
 Thurner, Erika: Der 12. Februar 1934 in Salzburg, in: *Mitteilungen des Karl Steinocher Fonds*, Heft 4/5/6, Juli 1984.

Von passiver zur aktiven Solidarität

Arthur Baumgarten und Konrad Farner geben der Partei der Arbeit (Schweiz) eine Diskussionsgrundlage über „Christentum und wissenschaftlichen Sozialismus“ (1946)

GERHARD OBERKOFER

Diese Nachfolge [in der Sendung Jesu] muss historisch konkret werden, weil es nicht um irgendein Folgen geht, sondern darum, das Leben Jesu zugunsten der Opfer und gegen deren Henker neu hervorzu bringen. So führt uns die Nachfolge Jesu in die Hoffnung der Opfer und wird zu einer Praxis, die sich um die Realisierung dieser Hoffnung bemüht.

Jon Sobrino (*1938)¹

Im Schoße des Alten wächst der Keim des Neuen. Die Zeit geht schwanger mit einer Revolution. Das zu erkennen, ist Aufklärung heute – es zu verwirklichen, ist Sache der aufgeklärten Menschen. Die Partei, die über dieses Wissen verfügt, ist der Träger der Revolution. Sie ist die geschichtliche Avantgarde.

Hans Heinz Holz (1927–2011)²

Für die christlichen Kirchen war der mystifizierte Bund zwischen Thron und Altar stets bloß eine Metapher ihrer institutionalisierten Kooperation mit der herrschenden Klasse, für die sie als ideologisches Machtinstrument unverzichtbar war. Die Enzyklika *Rerum novarum* (1891) hat eine Art christliche Gesellschaftsordnung als Alternative zum Sozialismus angeboten, welche aber nirgends über die kapitalistischen Verhältnisse hinausweist. Seit 1917 wurde von den christlichen Kirchen wider dem Geist der Evangelien und ohne irgendwie auf die Wirklichkeit hinzusehen der erste und, wie sollte es denn anders sein, von vielen Fehlern und Widersprüchen begleitete Versuch der Menschheit, eine stabile solidarische Gesellschaft zu verwirklichen, im Interesse der kapitalistischen Despotie als Teufelswerk gebrandmarkt. Die Enzyklika *Quadragesimo anno* (1931) hat den Kommunismus als Negation des Kapitalismus verdammt: „Dieser zum Kommunismus gewordene Sozialismus verfolgt in Theorie und Praxis seine beiden Hauptziele: schärfster Klassenkampf und äußerste Eigentumsfeindlichkeit. Nicht auf Schleich- und Umwegen, sondern mit offener und rücksichtsloser Gewalt geht er aufs Ziel. Vor nichts

schreckt er zurück; nichts ist ihm heilig. Zur Macht gelangt, erweist er sich von unglaublicher und unbeschreiblicher Härte und Unmenschlichkeit. Die unsehligen Trümmer und Verwüstungen, die er in dem ungeheueren Ländergebiet von Osteuropa und Asien angerichtet hat, sprechen eine beredete Sprache. In welchem Maße dieser kommunistische Sozialismus offen kirchenfeindlich und gottfeindlich ist, das ist leider nur zu sehr bekannt, nur zu sehr durch Tatsachen belegt!“³ Dieses bis in die Gegenwart herauf nachwirkenden päpstlichen Weltrundschreiben stellt fest, „der Sozialismus, gleichviel ob als Lehre, als geschichtliche Erscheinung oder als Bewegung“ bleibe „mit der Lehre der katholischen Kirche immer unvereinbar – er müßte denn aufhören, Sozialismus zu sein: der Gegensatz zwischen sozialistischer und christlicher Gesellschaftsordnung ist unüberbrückbar“. Und um keine wie immer gearteten Aussprachen zwischen Kommunisten und Katholiken zu ermöglichen, wird betont, dass „religiöser Sozialismus“ oder „christlicher Sozialismus“ Widersprüche in sich seien: „es ist unmöglich, gleichzeitig guter Katholik und wirklicher Sozialist zu sein“.⁴ Zwei Jahre zuvor hat Papst Pius XI. (1857–1939) den Katholikentag in Freiburg (1929) aufgefordert, mit allem Nachdruck die deutschen Katholiken davor zu warnen, es ließen sich die katholischen Soziallehren irgendwie mit dem Sozialismus in einem friedlichen Bund vereinen – „als ob je ein Bund bestehen könnte zwischen Licht und Finsternis, zwischen Christus und Belial“.⁵

Dass die reaktionärsten Kräfte der Bourgeoisie spätestens seit Ende der 1920er Jahre zur offen terroristischen Gewalt gegen die Arbeiterbewegung drängten, hat bei den Kirchen zu keiner innerkirchlichen Überprüfung ihrer Positionierung im Klassenkampf geführt. Die christlichen Kirchen wurden von der nationalsozialistischen Bewegung geradezu als Bündnispartner eingeschätzt. Der Nationalsozialismus sehe, so Adolf Hitler (1889–1945), „in beiden religiösen Bekenntnissen gleich wertvolle Stützen

für den Bestand unseres Volkes und bekämpft deshalb diejenigen Parteien, die dieses Fundament einer sittlich-religiösen und moralischen Festigung unseres Volkskörpers zum Instrument ihrer Parteiinteressen herabwürdigen wollen“.⁶ Es trifft nicht zu, dass die Kirchen im Deutschen Reich eine Art Gesinnungsneutralität gepflegt haben, um nicht wie Kommunisten oder Juden verfolgt zu werden. Mit ihrem falschen Schweigen und mit ihrem Duckmäusertum gegenüber dem Naziregime leisteten sie dem „politisches Zuhältertum“ Vorschub, wie Bertolt Brecht (1898–1956) ein solches Verhalten analysiert hat.⁷ Der von den expansionistischen Kräften des Kapitals betriebene Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion hatte den Segen der christlichen Kirchen, der Überfall entsprach dem päpstlichen Bannerwort „Mit Gott gegen die ohne Gott“.⁸ Nur wenige Kleriker wie der evangelische Theologe Dietrich Bonhoeffer (1906–1945) oder der Jesuit Alfred Delp (1907–1945), die beide in den letzten Kriegswochen Opfer der Nazijustiz geworden sind, haben in der Nazizeit bekennendes Zeugnis ihres Christseins gegeben.⁹

Positionsbestimmungen nach Ende des Zweiten Weltkrieges

Und nach der Niederlage des deutschen Faschismus? Die klerikalen Oberschichten übten keine Selbstkritik, sie schämten sich nicht für ihr klägliches Versagen. Die christlichen Kirchen unterstützten, in den nichtsozialistischen Ländern offen, die ideologische Kampagnen des Weltimperialismus anstatt nach den Worten des Evangeliums nach Matthäus „Salz der Erde“ und „Licht der Welt“ zu sein.¹⁰ Nirgends wird erkennbar, dass sich die Kirchen in ihrem Handeln angemessen gegen die imperialistischen Verhältnisse mit ihrem System der allseitigen Ausbeutung und Unterdrückung, der Sklaverei, der Folter und insgesamt der generellen Missachtung der Menschenrechte und der offenen oder versteckten Kriege eingesetzt haben. Die christlichen Kirchen agierten als offene Verbündete der Weltbourgeoisie.



Arthur Baumgarten (1884–1966)

An vorderster Front der reaktionären klerikalen Ideologie waren Angehörige des Jesuitenordens wie der deutsche Jesuit Oswald von Nell-Breuning (1890–1991). In dem von seinem Mitbruder Walter Brugger (1904–1990) 1948 herausgegebenen philosophischen Wörterbuch formuliert der für *Quadragesimo anno* mitverantwortliche Nell-Breuning die dogmatische Lehrmeinung der römisch-katholischen Kirche: „*Der neuere M[arxismus] (Leninismus, Bolschewismus) ist umgeschlagen in den strengen Kollektivismus: die gesellschaftliche Gütererzeugung geschieht nicht mehr zur Verschönerung des Einzeldaseins, sondern zur Machtenfaltung des Kollektivs; das Leben ist ausschließlich Fron am Kollektiv. Ungewöhnlicher Scharfsinn im Dienste des brutalsten Stumpfsinns, ausgewachsen zur Weltgefahr!*“¹¹ Die Manipulation des deutschen Volkes in der BRD mit ihren Verlockungen durch banalen Konsumismus war für solche Apologeten des Raubkapitals Freiheitsideal. Jedes Verständnis für den dialektischen und historischen Materialismus wurde von führenden Vertretern der katholischen Soziallehre blockiert. Angehörige des Jesuitenordens wie der österreichische Jesuit Johannes Kleinhappl (1893–1979), der aus wissenschaftlichen und moralischen Überlegungen den Marxismus als Quelle der Humanität in seinen Arbeiten und Vorlesungen produktiv diskutiert hat, wurden mundtot gemacht und isoliert.¹² Zu den profiliertesten antisowjetischen Hetzern gehörte der österreichische Jesuit Gustav A. Wetter (1911–1991), der akademisch-philosophisch schön reden und als Thomist „überirdisch“ argumentieren konn-

te. Sein Irrationalismus war Missbrauch des Christentums, weil er den von den allgemeinen Volksinteressen abgetrennten Sonderinteressen der herrschenden Klassen und Schichten diene.¹³ Wetter hielt nichts von Koexistenz weder mit dem Kommunismus noch mit der Sowjetunion und leistete einen direkten Beitrag zur Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der christlichen Front der NATO.¹⁴ 1957 formulierte er in der westdeutschen Rundfunkreihe „*Christen und Bolschewisten*“ als eine erste Forderung, „*dass sich die Christen in der freien Welt nicht täuschen und in ihrer Ablehnung des Kommunismus nicht erweichen lassen*“.¹⁵ Der Jesuit Gustav Gundlach (1892–1963) beteiligte sich 1956 an einem sinnigerweise im „Haus der Begegnung“ in Königstein/Ts. abgehaltenen Kongress „*Bolschewismus. Koexistenz. Infiltration. Überwindung*“ und erläuterte, es könne für die Kirche keine Koexistenz ohne gemeinsame geistige Basis wenigstens im Wesentlichen geben, also auch nicht mit dem Kommunismus, denn der Kommunismus negiere die innere Verbundenheit der Menschen überhaupt, der Kommunismus verweigere in den wesentlichsten Punkten menschlicher Koexistenz die Freiheit.¹⁶ Dieser westdeutsche Bolschewismus-Kongress rief „*alle Menschen guten Willens*“ zu einem „*Gebetssturm*“ auf und forderte „*in der Bekämpfung des gottlosen Kommunismus nie müde zu werden und den vom Kommunismus unterjochten Völkern jegliche Hilfe angedeihen zu lassen, bis Freiheit, Grundrechte und wieder Menschenwürde hergestellt sind*“.¹⁷ Die Auflösung der Kommunistischen Partei Deutschlands am 17. August 1956 wurde als Bestandteil dieses „Gebetssturms“ durch den CDU-Staatssekretär Franz Thedieck (1900–1995) mit einer Rede über die „*Kommunistische Infiltration in der Bundesrepublik*“ angeboten.¹⁸ 1950er Jahre? Auf der Schlusskundgebung dieses Kongresses sprach der Prämonstratenspater Werenfried van Straaten (1913–2003), der zur Unterwanderung der sozialistischen Länder die *Ostpriesterhilfe* gegründet hat und mit seiner reaktionären Weltanschauung bis in die Gegenwart herauf reicht.¹⁹

Gustav A. Wetter in München und Gustav Gundlach in Rom waren für die ideologische Ausbildung von einigen Generationen von Jesuiten novizen, die sich auf die ganze Welt verteilt haben, verantwortlich. Als der Kalte Krieg drohte in einen atomaren Vernichtungs-

krieg umzuschlagen, entschied das *Heilige Offizium* am 1. Juli 1949, Kommunisten und alle mit Kommunisten zusammenwirkende Menschen mit der Exkommunikation zu bestrafen. Damit verknüpft war das Verbot für Gläubige, Bücher, Zeitschriften, Zeitungen oder Flugschriften zu veröffentlichen, zu verbreiten oder zu lesen, welche die Doktrin oder Tätigkeit der Kommunisten unterstützen, „*denn der Kommunismus ist materialistisch und antichristlich*“.²⁰ Wem diene dieses Kriegsdekret des Heiligen Offiziums, das keinen Raum für notwendige Zweifel offen ließ?²¹ Die Exkommunikation der Kommunisten ließ nicht nur die USA, wohin sich das Zentrum der kapitalistischen Welt verlagert hat, jubeln, sondern auch die herrschenden Eliten in riesigen katholischen Ländern wie Bolivien oder Brasilien, wo grenzenlose Massenarmut herrschte, und stärkte die Faschisten in Portugal und Spanien oder die Latifundienbesitzer in Italien.

In der ersten Nachkriegszeit war für viele Christen erkennbar, dass die Hauptlast bei der Befreiung vom Faschismus sowohl in militärischer wie in politischer und geistiger Hinsicht die Sowjetvölker mit der Roten Armee getragen haben. Diese Christen wollten sich mit den antikommunistischen Kreuzzügen ihrer Kirchen nicht mehr so ohne weiteres abfinden und suchten nach möglichen Wegen der Zusammenarbeit mit Kommunisten. Die Kommunisten selbst mussten ihre oft dogmatisch verharrende, gelegentlich nur an isolierten Zitaten aus den Werken der marxistisch-leninistischen Klassiker entlanggehende Kritik an Religion und religiösen Bedürfnissen auf dem Hintergrund der historischen Prozesse überprüfen. Mit Gläubigen sollten im Sinne von Wladimir Iljitsch Lenin (1870–1924) Kommunisten während des revolutionären Kampfs der unterdrückten Klasse um Veränderung der ökonomischen Grundlage ihrer Unterdrückung keine Probleme haben. Die Einheit der unterdrückten Klasse im revolutionären Kampf „*für ein Paradies auf Erden*“ sei, so Lenin, den Kommunisten „*wichtiger als die Einheit der Meinungen der Proletarier über das Paradies im Himmel*“.²² Der einflussreiche Jesuit Karl Rahner (1904–1984) wird diese Äußerung nicht gekannt haben, aber er registriert als „*innerweltliches Ziel*“ des Kommunismus „*die klassenlose Gesellschaft, das irdische Paradies oder wenigstens eine relativ stabile und dauerhafte, der neuen technischen Situation entsprechend gefügte Gesellschaftsordnung*“.²³ Rahner meinte im übrigen, dass die religiöse En-

ergie des Menschen, die der Kommunismus zur Erreichung dieses Zieles zu binden versuche, nach Erreichen dieses Zieles zwangsläufig wieder freigesetzt werden würde.

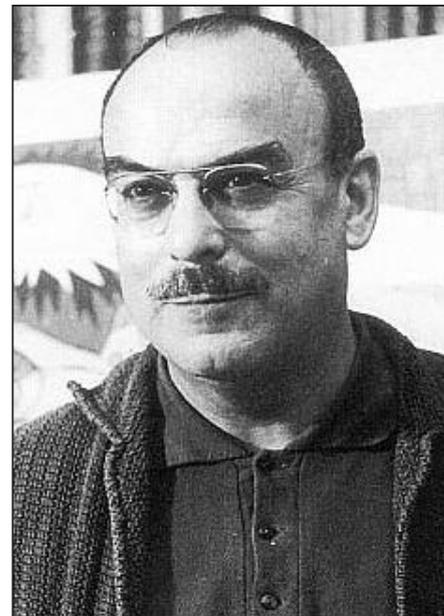
Aus dem Denkprozess von Arthur Baumgarten und Konrad Farner

Die Völker wollten nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem Frieden. Der Zürcher Schriftsteller Max Frisch (1911–1991) notierte nach einem Besuch in Warschau 1948: „Dort wie hier das Gespräch (bei halben Zigaretten) mit Zeitgenossen, die nichts besaßen ausser der grossen Hoffnung: aus den Ruinen werde hervortreten der neue Mensch. Die einen erwarteten ihn als Kommunisten, die andern als Christen.“²⁴ Die Voraussetzungen für diese Hoffnung waren in Deutschland und in der Schweiz unterschiedlich. Das wird in den beiden hier abgedruckten Diskussionsvorlagen über das Verhältnis von Christentum und wissenschaftlichem Sozialismus von Arthur Baumgarten (1884–1966) und Konrad Farner (1903–1974) deutlich.

Arthur Baumgarten²⁵ hat Rechtsphilosophie, Strafrecht und Völkerrecht in Genf, Köln, Basel und Frankfurt am Main gelehrt und ist 1933 aus eigenem Willen in die Schweiz emigriert. Dort begann Baumgarten, der einmal Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770–1831) noch mehr als Karl Marx (1818–1883) abgelehnt hat, die Ursachen des Faschismus und das damit einher gehende Versagen des liberalen Bürgertums zu analysieren. Im Prozess seines Nachdenkens entwickelte er sich von einem liberalen zu einem marxistischen Rechtswissenschaftler. Sein wissenschaftliches Urteil musste in der Konsequenz über das eigene, im Bürgertum herangebildete Gewissen und über den Debattiersalon von Universitäten hinausgehen. Hermann Klenner (*1926) nennt Baumgarten den bedeutendsten Rechtsphilosophen, den das deutsche Bürgertum in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hervorgebracht hat.²⁶ Baumgarten wurde in Basel zu einem von der Schweizerischen Bundespolizei auf Schritt und Tritt beobachteten Kommunisten. Nach 1945 übersiedelte Baumgarten von seinem luxuriösen Basler Ambiente in die Deutsche Demokratische Republik.

Konrad Farner²⁷ stammt aus einer bekannten protestantischen, seit Beginn der Reformation immer auf der Seite des neuen Glaubens stehenden Familie der Zürcher Landschaft. Er ist in sehr jungen Jahren der Kommunistischen Partei der

Schweiz beigetreten (1923). Im Herbst 1928 hatte er Kontakt mit David Borisovič Rjazanov (1870–1938), der einer Anstellung von Farner am Moskauer Marx-Engels-Institut näher getreten ist.²⁸ Sein staatswissenschaftliches Studium hat Farner 1941 in Basel mit seiner Doktorarbeit „*Der auf Thomas von Aquin überkommene christliche Eigentumsbegriff. Die Ursache des scheinbaren Widerspruchs in der Sichtung der thomistischen Eigentumsauffassung*“²⁹ abgeschlossen. Stets hat Farner das Religiöse beschäftigt und dabei insbesondere der Römische Katholizismus. Er war befreundet mit Leonhard Ragaz (1868–1945),³⁰ er war Schüler des für eine totale Veränderung der Welt eintretenden, von den Nazis aus Bonn vertriebenen Karl Barth (1886–1968) und zählte, worauf er 1949 aus Anlass eines Vortrages Wert legte, Mitglieder der Gesellschaft Jesu, die er namentlich nicht nannte, zu seinem „wissenschaftlichen Austauschkreis“.³¹ Farner erörtert in seiner Dissertation wie sich insbesondere durch das Einwirken des Jesuitenordens die Interpretation, Thomas von Aquin (1225–1274) habe das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht in Widerspruch zur menschlichen Würde gesehen, durchgesetzt hat. Für Thomas von Aquin war die *dignitas* ausschließlich ein Problem des Seelenheils. In logischer Konsequenz dieser von der Wirklichkeit der Welt losgelösten religiösen Haltung ergibt sich, dass Käufer wie Verkäufer der Ware Arbeitskraft eben so wenig wie Arbeitslose oder wie Milliarden von Armen der Welt im Widerspruch zur jener Würde des Menschen stehen, die von den Menschenrechtsaposteln propagiert wird.³² Ausdrücklich weist Farner die Annahme von Karl Kautsky (1854–1938), es habe einen realen Kommunismus der ersten Christen gegeben als ebenso einseitig zurück wie die „*rein privatwirtschaftliche*“ Sicht der Jesuiten Victor Cathrein (1845–1931) und Heinrich Pesch (1854–1926).³³ Der aus einer jüdischen Fabrikanten- und Bankiersfamilie stammende Edgar Salin (1892–1974) hat in seinem Referat (28. Juni 1941) einige Vorbehalte ausgedrückt, ließ die Doktorarbeit von Farner aber als „*vollgültiges specimen eruditionis*“ gelten.³⁴ In Bezug auf die jesuitische Position meinte Salin milde, diese sei „nur Ausdruck der allgemeinen, liberalen, antizölibalistischen Haltung zu Beginn dieses Jahrhunderts“.³⁵ Zweitreferent war Hans Ritschl (1897–1993), der vor seinem Wechsel (1942) an die Naziuniversität



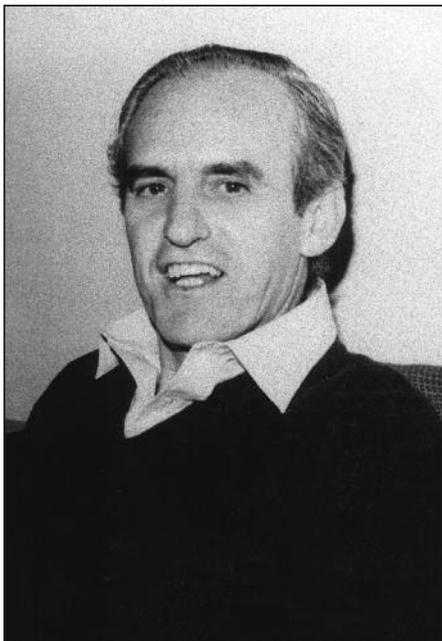
Konrad Farner (1903–1974)

sität Straßburg gestanden ist. Ritschl hat die wissenschaftliche Arbeit von Farner in seinem Gutachten (1. Juli 1941) akzeptiert, doch warf er ein: „*In rein ökonomischen Fragen pflegen wir die marxistische Theorie als mögliche Denkform anzuerkennen, in der Religionsgeschichte ist der marxistische Materialismus eine unangemessene Methode und führt zu falschen Ergebnissen.*“ Farner hat Vorlesungen und Seminare von Baumgarten besucht und dieser fungierte bei dem von Farner magna cum laude abgelegten Doktorexamen (9. Juli 1941) denn auch als Mitprüfer. Baumgarten prüfte aus *Allgemeiner Rechtslehre* die Rechtslehre von Hans Kelsen (1891–1973) (*Die Kelsensche neue Rechtslehre*), die Interpretationstheorie, die realistische Rechtsschule von Léon Duguit (1859–1928) und den Methodenstreit in der Zivilrechts- und in der Strafrechtswissenschaft.

Baumgarten und Farner haben die Rolle der klerikalen Ideologie im imperialistischen und antidemokratischen Lager der Nachkriegszeit ohne Illusionen und mit unterschiedlichen Nuancen eingeschätzt. Beide haben nicht darauf gedrängt, dass Christen ihren Glauben aufgeben. Das hat der Atheist Marx auch nicht getan, seine Religionskritik handelt weniger von Gott als vom gesellschaftlichen Menschen. Zur Frage des Verhältnisses von Christen und Kommunisten hat sich Farner später immer wieder mündlich in Vorträgen und in verschiedenen Artikeln engagiert.³⁶

Zurückhaltende Hoffnung nach verlorenen Jahren

Es hat immer wieder Anläufe gegeben, den harzigen Dialog zwischen Christen-



Ignacio Ellacuría (1930–1989)

tum und wissenschaftlichem Sozialismus im Interesse der Menschheit zu aktivieren. Die entscheidende Impulse für das Aufbrechen der strikt antikommunistischen klerikalen Ideologie gingen aus von Papst Johannes XXIII. (1881–1963), der von Befreiungstheologen wie dem Peruaner Gustavo Gutiérrez (*1928) als „*prophetische Leitfigur*“ bezeichnet wird,³⁷ und vom baskischen Generaloberen der Jesuiten Pedro Arrupe (1907–1991), ein Zeuge der Atombombe von Hiroshima, der seinen Orden auf die „*Zivilisation der Armut*“ hin orientiert hat.³⁸ Beide hofften, Marxisten und Christen würden mit der Zeit Vertrauen zueinander gewinnen. Der argentinische Philosoph Enrique Dussel (*1934) hat die viele Jahrzehnte nicht zustande gekommene Begegnung von Christentum und Marxismus bedauert. Von ihm stammt ein wichtiger Beitrag zur Öffnung der *Theologie der Befreiung* für die Verwendung des Marxismus.³⁹ Befreiungstheologen haben mit ihrer „*Option für die Armen*“ im revolutionären Klassenkampf Partei für die Rolle der werktätigen Massen als eigentlicher Träger der Entwicklung der Gesellschaft ergriffen und die europazentrierte Theologie entkolonialisiert. Vor allem ist hier des Befreiungstheologen Ignacio Ellacuría (1930–1989) zu gedenken, der 1989 zusammen mit fünf weiteren Jesuiten und zwei Mitarbeiterinnen von Agenten des US-Imperialismus in San Salvador ermordet worden ist.⁴⁰

Die Jahre der antikommunistischen Pontifikate von Johannes Paul II. (1920–2005) und Benedikt XVI. (*1927) sind für die gesamte Menschheit verlorene Jahre. Beide haben die Theologie der Be-

freiung mit der fadenscheinigen Begründung verurteilt, sie zersetze den auf das absolute Heil im Jenseits gerichteten Glauben durch marxistische, nicht nur die ökonomischen Aspekte berücksichtigende Kategorien.⁴¹ Dieser rein theologische Standpunkt ist nur an der Oberfläche ohne historischen Kontext. Die Absetzung von Arrupe (1981),⁴² die Heiligsprechung (2002) von José María Escrivá de Balaguer (1902–1975), der *Opus Dei* als antikommunistische Kampforganisation gegründet hat, und die massenhafte Seligsprechung (2007) von spanischen Klerikern, die am Vormarsch des Faschismus in Spanien unter Francisco Franco (1892–1975) beteiligt waren und dabei umgekommen sind, sind markante Zeichen nicht des christlichen Glaubens, sondern der gesellschaftspolitische Orientierung dieser Päpste.

Im Rahmen der nicht offiziellen akademischen *Paulus-Gesellschaft* haben mit großem persönlichen Einsatz der deutsche Dogmatiker Herbert Vorgrimler (*1929) und der österreichische Kommunist Walter Hollitscher (1911–1986) christliches und marxistisches Denken in Konfrontation produktiv diskutiert. Über seine Erfahrungen mit dem marxistisch-christlichen Dialog schreibt Vorgrimler 1981 zum 70. Geburtstag von Hollitscher: „*Das gemeinsam zu verwirklichende humane Anliegen muß der Kampf gegen Aggression und für soziale Gerechtigkeit sein.*“⁴³ Vorgrimler und Hollitscher waren befreundet, beide haben die in ihrer Welt vorgefundenen Thesen nicht als unabänderliche Wahrheiten genommen. Ihr Dialog wurde von der internationalen Friedensbewegung zum Vorbild genommen.⁴⁴ Sowohl mit Vorgrimler wie mit Hollitscher⁴⁵ war Konrad Farner im brieflichen und persönlichen Kontakt.

Wie viele Millionen *Opfer* von Kriegen und Armut waren und sind mit eine der Folgen der über Jahrzehnte und an Wendepunkten der Geschichte festgehaltenen Fehleinschätzung des Marxismus durch die christlichen Kirchen! Noch 1999 hat der in der Manipulationspresse hoch angesehene österreichische Jesuit Herwig Büchele (*1935) die völkerrechtswidrige NATO-Bombardierung von Jugoslawien mit klerikalem Zynismus gerechtfertigt und deren Gegner verhöhnt.⁴⁶ Vom deutschen Jesuiten Alex Lefrank (*1932) werden, weit hinter Karl Rahner zurückfallend, die „*Systeme*“ des Kommunismus und des Nationalsozialismus auf eine Ebene gestellt.⁴⁷ Der Leser wird von diesem Jesui-

ten aus dem kriegführenden Deutschland mit Antikommunismus systematisch vergiftet. Ein paar Seiten zuvor hat Lefrank das Handeln der Befreiungstheologen mit dem dogmatischen Satz abgelehnt: „*Nicht von der Änderung der Verhältnisse kommt das Heil, sondern von der Wandlung der Herzen.*“⁴⁸ Dazu passend sind die in der Wiener Mariahilfer Kirche aufliegenden Flugschriften der unter Johannes Paul II. groß gewordenen polnischen *Societas Christi*, in denen der Marxismus als Satanismus dargestellt wird!⁴⁹ Es gibt sie immer noch, diese unheilvolle Linie in den christlichen Kirchen. Es wird vieler Anstrengungen bedürfen, um die mit dem gegenwärtigen Papst Franziskus verknüpften Hoffnungen der Befreiungstheologie, dass das Christentum an die Stelle des mit dem Kapitalismus marschierenden Klerikalismus tritt, zu verwirklichen.⁵⁰

Dokumente

Basel. 1946 02 09. Arthur Baumgarten an André Corswant (La Chaux-de-Fonds), Konrad Farner (Niederschönthal), Henri Lucien Jeanmaire (Servion), Hans Mühlestein (Celerina), Xaver Schnieper (Luzern) und Theodor Schwarz (Bern) über Christentum und wissenschaftlichen Sozialismus.

Original. Maschineschrift (offenkundige Verschreibungen wurden stillschweigend verbessert). Zentralbibliothek Zürich, Handschriftensammlung. Nachlass Konrad Farner.

Obschon eine Bewegung wie der christliche Sozialismus keinen inneren Widerspruch enthält, besteht doch zwischen dem Christentum und dem wissenschaftlichen Sozialismus das Verhältnis der Ausschliesslichkeit, denn es handelt sich hier um zwei Weltanschauungen, die zwar nicht in allen, aber in gewissen wesentlichen Punkten gegensätzlichen Charakter aufweisen. Die grundsätzliche Verschiedenheit zwischen den beiden Weltanschauungen [haben] im Lauf der Zeit insofern in mancher Hinsicht eine Abschwächung erfahren, als sich in den protestantischen Kirchen und den aus ihnen hervorgegangenen Sekten der christliche Gedanke in ganz anderm Mass als wandlungsfähig erwiesen hat, als dies beim katholischen Christentum der Fall ist. Aber schliesslich klafft doch zwischen dem Christentum und dem wissenschaftlichen Sozialismus ein unüberbrückbarer Abgrund, wofern man nicht den Begriff des Chri-

stentums in einem Sinn fasst, der mit der Bedeutung, die ihm als einer historischen Erscheinung zukommt, kaum mehr etwas zu tun hat. Eine kurze Geistesgeschichtliche Betrachtung genügt, um dies einleuchtend zu machen.

Die christliche Weltanschauung ist, – hierin mit der transzendenten Metaphysik des Altertums übereinstimmend –, eine archaische, das heisst: sie stellt das Vollkommene an den Anfang. Ihr höchstes Wesen ist der Eine allmächtige, allwissende, allgütige Gott. Von diesem Wesen ist die Welt geschaffen worden und muss daher zunächst so, wie sie aus den Händen ihres Schöpfers hervorging, vollkommen sein. Da nun das Christentum im Gegensatz zum Pantheismus die irdische Welt, in der wir leben, als eine böse und leidvolle ansieht und seiner tiefsten Intention nach auf eine Erlösung vom Weltübel abzielt, muss es sie, wofern es nicht gänzlich darauf verzichtet, dem Denkbedürfnis der Menschen irgendwie Genüge zu leisten, eine Erklärung dafür geben, dass das Uebel in die von Gott geschaffene Welt Einbruch verübt hat. Die erforderliche Erklärung gibt es denn auch, und zwar in reiner Lehre vom Sündenfall, in der es dem Begriff der Sünde eine Bedeutung beilegt, die er in keinem System der antiken Philosophie besessen hat. Die Sünde des Menschen, mag als eine ererbte auf ihm lasten oder in jeder individuellen Existenz von neuem begangen werden, ist eine so abgründtiefe, dass menschliche Kräfte nicht ausreichen um sie zu sühnen. Nur das Sühneopfer Christi des Sohnes Gottes, der mit Gott-Vater Eines ist, konnte die Erlösung bringen. Durch die Annahme solcher allen geltenden Erlösung im Glaubensakt rettet der Einzelne seine Seele, erwirbt er die untrügliche Aussicht auf die ewige transzendente Glückseligkeit, eine Aussicht, die ihn schon in diesem Leben eines beglückenden Seelenfriedens, eines Gefühls völliger Geborgenheit teilhaftig werden lässt. Dass die gesellschaftlichen Verhältnisse sich bessern, ist sowenig eine Voraussetzung der Erteilung der Gnadengabe, als es eine notwendige Folge von ihr ist.

Die Gottesvorstellung und der Begriff der Sünde lassen die christliche Weltanschauung als eine archaische erscheinen, für die das zu erstrebende Ziel den Charakter einer Wiederherstellung hat: „paradise lost“ und „paradise regained“ lauten die Titel der beiden Gedichte des grössten religiösen Dichters der neuern Zeit.⁵¹ Demgegenüber ist für die Weltanschauung des wissenschaftlichen So-

zialismus der Weltverlauf ein Entwicklungsprozess, der aus dunklen, primitiven Anfängen zum Licht führt. An die Stelle der Flucht zum Vater, zu einem vollkommenen Urgrund aller Dinge tritt der Fortschritt innerhalb der irdischen Geschichte, des diesseitigen Gesellschaftslebens, den sich die Menschheit als allumfassende solidarische Arbeitsgemeinschaft zu erkämpfen hat. Dabei wird die bewusste zielgerichtete Tätigkeit des Menschen unterstützt, nicht sowohl durch eine göttliche Vorsehung als vielmehr durch die überindividuellen Entwicklungstendenzen des wirtschaftlichen Produktionsprozesses, die im gegenwärtigen geschichtlichen Stadium über das kapitalistische Regime den Zustand der Klassenlosigkeit entgegenführen. In der Erkenntnis dieser Entwicklungstendenzen stellt sich die Arbeiterklasse – sie ist die einzige Klasse, die hierzu befähigt ist, – an die Spitze der fortschrittlichen Bewegung, vollzieht im geeigneten Augenblick und in den der Situation angepassten Formen den Akt der proletarischen Revolution und errichtet die Diktatur des Proletariats, die solange bestehen bleibt, bis sich die neue Gesellschaftsordnung, die sozialistische oder kommunistische, hinreichend befestigt hat, um einen Staat als Zwangsapparat überflüssig zu machen. In der klassenlosen Gesellschaft, in die die sozialistische revolutionäre Bewegung ausmündet, beginnen die Ideale der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die von jeher den edelsten Geistern vorgeschwebt haben, ihre Verwirklichung zu finden. Was insbesondere die Solidarität betrifft, so war sie schon vom Christentum fester fundiert worden als von irgendeiner andern Religion; aber sie war gerade in den, worin sie ihre christliche Besonderheit hat, passive Solidarität, das heisst Solidarität im Gerettet werden durch eine Heilstat Christi;⁵² im wissenschaftlichen Sozialismus wird sie zur aktiven Solidarität, zur gemeinschaftlichen Arbeit an der Begründung des Reiches des Menschen auf Erden. Gibt man zu, dass der wissenschaftliche Sozialismus seine eigene Ethik hat – man sollt dies zugeben –, dann verschiebt sich, wie wir schon andeuteten, der Akzent von der Vergangenheit in die Zukunft: Die Verantwortlichkeit bezieht sich nicht mehr auf die vergangene Uebeltat, die ererbte oder selbstbegangene Sünde, sondern auf die künftige Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Eine Partei, die das geschichtliche Anrecht hat, als sozialistische zu gelten,

sucht das informierende Prinzip ihrer Politik im wissenschaftlichen Sozialismus. Unsere Partei ist eine Partei dieser Art, und es besteht bei uns kein Streit darüber, dass unsere gesamte Politik vom Geist des wissenschaftlichen Sozialismus durchdrungen sein sollte, und dass unsere Bildungsarbeit und Propaganda ihre Grundlage im wissenschaftlichen Sozialismus haben. Das hat zur Folge, dass wir bei der geistigen Beeinflussung unserer Parteigenossen nicht umhin können, mit der christlichen Lehre in Konflikt zu geraten. Das umfassende Gedankensystem des wissenschaftlichen Sozialismus enthält eine Ideologienlehre, die vor allem eine polemische Auseinandersetzung mit der ganzen gegenwärtigen Geisteswelt des Bürgertums ist, und zu dieser Geisteswelt gehört an erster Stelle die christliche Religion. Für den wissenschaftlichen Sozialismus ist die christliche Religion vielleicht nicht ausschliesslich Opium fürs Volk⁵³ – ich persönlich sehe mit vielen anderen Sozialisten in einer solchen Beurteilung eine vergröbernde Vereinfachung –, aber sie ist für ihn zum mindesten teilweise illusorisch, entspricht einem frühen Entwicklungsstadium des menschlichen Geistes, das vom fortschrittlichen Denken schon heute überwunden ist. Es mag Zeiten geben, in denen es aus taktischen Gründen geboten ist, dass die sozialistischen Parteien die religiöse Frage nicht zum Gegenstand öffentlicher Diskussionen machen, aber im Innenverhältnis darf über unsere Stellungnahme zur christlichen Religion kein Zweifel bestehen. Damit ist keineswegs gesagt, dass wir niemand, der sich zum christlichen Dogma bekennt, in unsere Reihen aufnehmen dürften. Der Beitritt zu unserer Partei steht jedem frei, der bereit ist, sich für unser politisches Programm einzusetzen. Wir suchen unsern Mitgliedern die wissenschaftlich fundierte sozialistische Weltanschauung mitzuteilen, aber wir drängen sie ihnen nicht auf. Von unsern Mitgliedern, die überzeugte Christen sind, erwarten wir, dass sie darauf verzichten, in unserm Kreis für

www.klahrgesellschaft.at

- Sämtliche Beiträge aus den „Mitteilungen“ 1994–2013 im Volltext.
- Übersicht über aktuelle und bisherige Veranstaltungen der AKG seit 1993.
- Bibliographie zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs.
- Publikationen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT und Bestellmöglichkeit.

ihren Glauben Propaganda zu machen, was ein Untergang unserer Bildungsarbeit bedeuten würde, und wir hegen die stille Hoffnung, sie allmählich, ohne dass es besonderer Bekehrungsversuche bedürfte, für die Weltanschauung des wissenschaftlichen Sozialismus zu gewinnen. Wenn die sozialistischen Politiker in der christlichen Religion als gesellschaftliche Erscheinung einen Stein des Anstosses zu sehen pflegen, so lassen sich dafür verschiedene Gründe anführen.

Einmal kann kaum geleugnet werden, dass der christlichen Weltanschauung eine Entwertung des Diesseitigen zugunsten des Jenseitigen zugrunde liegt, die dem vollen Einsatz der Persönlichkeit für irgendeinen Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse hindernd im Wege steht, und doch müssen die Anhänger der sozialistischen Sache zu solchem Einsatz bereit sein, wenn ernste Erfolgchancen bestehen sollen. Sodann lässt sich mancherlei für die These vorbringen, dass die christliche Sittenlehre die Zwangsmassnahmen verbietet, ohne die – selbst wenn man von einer gewaltsamen proletarischen Revolution absieht – der Uebergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaft nicht vollzogen werden kann. Endlich war die Politik der christlichen Kirchen bisher meistens eine reaktionäre oder wenigstens konservative, und es ist offenes Geheimnis, dass die Gegner des Sozialismus heute, nachdem der Faschismus zusammengebrochen ist, von den Kirchen die wirkungsvollste Unterstützung erhoffen. Dass die Kirchen das Ihrige tun werden, um diese Hoffnung nicht zu Schanden werden zu lassen, darf als in hohem Grade wahrscheinlich gelten. Nach alledem werden wir Sozialisten den gesellschaftlichen Einfluss der christlichen Religion nicht unter unsere Aktiva einzustellen haben. Andererseits wären wir übel beraten, wenn wir denen, die aus christlich-religiösem Motiv sich unserer Bewegung anschliessen bereit sind, mit Misstrauen begegnen. Es hat immer gläubige Christen gegeben, die die traditionelle Politik ihrer Kirche aufs schwerste tadelten und die Mitarbeit an der Begründung einer klassenlosen Gesellschaft, die mit dem Geiste der christlichen Ethik ungleich besser im Einklang steht als die kapitalistische, für eine unerlässliche christliche Pflicht erklärten. Bei der Einstellung des Christentums zur modernen Wissenschaft kann sich der Christ die marxistische Wirtschaftstheorie und wenigstens zu erheblichem Teil die grossen Wahrheiten der Ideologienlehre des wissenschaftlichen

Sozialismus zu eigen machen. Er kann rückhaltlos für die Verwirklichung unseres gesamten politischen Programms eintreten und auch an unserem Schulungswesen hervorragenden aktiven Anteil nehmen. Nur soweit letzte, weltanschauliche Fragen in Betracht kommen, bleibt dem Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus innerhalb der Partei ein Reservengebiet. Seine Grenzen lassen sich nicht formelmässig genau festlegen, es bedarf auf beiden Seiten erheblichen Taktes, um sie zu finden und zu respektieren, was Voraussetzung für eine erspriessliche Zusammenarbeit ist.

Niederschönthal. 1946 03 06. Konrad Farner an die Partei der Arbeit der Schweiz, Kommission zur Abklärung des Verhältnisses Wissenschaftlicher Sozialismus – Christentum, Vorsitz Prof. Dr. Arthur Baumgarten.

Original. Typoskript (offenkundige Veranschreibungen wurden stillschweigend verbessert). Zentralbibliothek Zürich, Handschriftensammlung. Nachlass Konrad Farner.

I.

Die Ausführungen von Prof. Baumgarten halte ich für richtig, mit Ausnahme derjenigen These, die lautet: „... und es ist ein offenes Geheimnis, dass die Gegner des Sozialismus heute, nachdem der Faschismus zusammengebrochen ist, von den Kirchen wirkungsvolle Unterstützung erhoffen. Dass die Kirchen das Ihrige tun werden, um diese Hoffnung nicht zu Schanden werden zu lassen, darf als im hohen Grade wahrscheinlich gelten. Nach alledem werden wir Sozialisten den gesellschaftlichen Einfluss der christlichen Religion nicht unter unsere Aktiva einzustellen haben.“ Ich halte dem entgegen:

a.) Die römisch-katholische Kirche ist heute wohl meist mit Recht als Hort der Reaktion anzusehen (Portugal, Franco-Spanien, Italien, Oesterreich, Ausland-Polen, Bayern, Südamerika), andererseits ist sie dogmatisch auf kein Sozialprogramm (z.B. den Kapitalismus, oder auf das unbedingte Privateigentum) verpflichtet. Es existieren hier Strömungen, die von Sozialisten, noch weniger von sozialistischen Politikern keinesfalls unterschätzt werden dürfen – erinnert sei z.B. an [Jacques] Maritain [(1882–1973)]. An vielen Orten waren Katholiken, sogar der Klerus, besonders der sog[enannte]. niedere Klerus, hervorragend tätig in der Widerstandsbewegung (Baskenland, Frankreich, Italien). Die Kommunistischen Parteien in Frankreich

und Italien haben diesen Faktoren Rechnung getragen.

b.) Die griechisch-katholische Kirche hat sich sowohl in der Sowjetunion wie auch teilweise in den Balkanstaaten dem sozialistischen Gesellschaftssystem verpflichtet. Hier ist demnach das Christentum als ein gesellschaftliches Aktivum für den Aufbau zu betrachten. Wie sich das Verhältnis zwischen realisiertem Sozialismus und Christentum im Laufe der Zeit gestalten wird, sei hier offen gelassen.

c.) Die Lutherischen Kirchen haben teilweise völlig versagt und sich eindeutig auf die Seite der Reaktion, ja des Nationalsozialismus gestellt (Deutschland, Finnland). Andererseits haben diese Kirchen in Holland, Dänemark (Kaj Munk [(1898–1944)], Norwegen ([Eivind] Berggrave [(1884–1959)]) den Kampf mit dem Faschismus eindeutig aufgenommen. Wichtige linkspolitische Kräfte entwickeln sich aus den Kreisen der diversen Landeskirchen (auch in Schweden).

d.) Die Anglikanische Kirche hat neben konservativen und reaktionären Bischöfen solche aufzuweisen, deren Sozialprogramm geradezu als kühn zu bezeichnen ist. Ebenfalls gibt es unter den anglikanischen Klerikern zahlreiche begeisterte Bewunderer der Sowjet-Union. Die Aufgeschlossenheit gegenüber den sozialpolitischen Problemen ist vorbildlich.

e.) Die Zwingli-Kirche in der Schweiz ist in dieser Frage ebenfalls zweigeteilt: neben ausgesprochen reaktionären Gestalten weist sie Männer auf wie Präsident [Max] Wolf [(1893–1965)] in Zürich, Münsterpfarrer [Walter] Lüthy [(1901–1982)] in Bern, Prof. Fritz Lieb [(1892–1970)] in Basel.

f.) Die Kirche Calvins ist ebenfalls zweigeteilt: neben der ausgesprochenen Reaktion (Genève, Vaud, Neuchatel) steht die Schule Karl Barth's [(1886–1968)], die sozialpolitisch des öftern (in letzter Zeit vermehrt) ausgesprochen sozialistische Tendenzen aufweist. (Die Versöhnung Barth – [Leonhard] Ragaz [(1868–1945)] war symptomatisch).

g.) Die protestantischen Sekten oder die „Religiösen Sozialisten“: erstere sind meist sozialpolitisch ohne Programm, die letzteren sind eindeutig nach links orientiert: erinnert sei an Ragaz, [Paul] Trautvetter [(1889–1983)], [Robert] Lejeune [(1891–1970)], Hugo Kramer [(1890–1969)] u[nd]. a[ndere].

Die These, dass „der gesellschaftliche Einfluss der christlichen Religion nicht unter unsere Aktiva einzustellen sei“, ist nur bedingt richtig. – Wie sich die Verhältnisse ändern können, zeigen die jetzi-

gen Verhältnisse in dem von den Russen besetzten Teil Deutschlands: nach einwandfreien Zeugnissen sind heute die lutherischen Geistlichen, inklusive die führenden Männer, neben den ausgesprochenen Parteikommunisten die besten Förderer und Helfer an der Sozialisierung der Industrie und der Aufteilung des Grossgrundbesitzes. Früher war die lutherische Kirche die beste Stütze der Junker! Die Rolle der Kirchen, präziser: die Rolle der christlichen Religion innerhalb der Sozialpolitik ist wandelbar, sie kann sogar heute und in noch vermehrtem Masse morgen in unserm Sinne positiv sein. (Ich mache hier auch aufmerksam auf die Stellungnahme [Josef Wissarionowitsch] Stalins [(1879–1953)]).

II.

Die Partei der Arbeit fühlt sich verpflichtet dem „wissenschaftlichen Sozialismus“. Dieser „wissenschaftliche Sozialismus“ ist grundsätzlich identisch mit „Marxismus“. Die Stellungnahme der drei grossen Klassiker [Karl] Marx [(1818–1883)], [Friedrich] Engels [(1820–1895)] und [Wladimir Iljitsch eigtl. Uljanow] Lenin [(1870–1924)] gegenüber der Religion ist eindeutig festgelegt: sie ist nicht a-religiös, sondern antireligiös. Das Schlagwort: Religion ist Privatsache, ist unmarxistisch.

III.

Die Partei der Arbeit setzt sich aber nicht nur aus Marxisten zusammen, sondern sie ist eine ausgesprochene Sammelpartei aller sozial fortschrittlich gesinnten Schweizer zur Verwirklichung des Sozialismus in der Schweiz. Die Mitgliedschaft setzt nicht voraus (im Gegensatz zur Mitgliedschaft der Kommunistischen Partei und der Komintern), dass die Weltanschauung eindeutig marxistisch sein muss. Ebenfalls ist ihrem Zeitungsorgan, dem „Vorwärts“ keine betont antireligiöse Note zu eigen, im Gegenteil: die erste Nummer dieser Zeitung brachte einen grösseren Artikel von Leonhard Ragaz.

IV.

Eine betont antireligiöse Haltung wäre heute nach meinem Dafürhalten für eine grosse sozialistische Sammelpartei falsch. Dies aus folgenden Hauptgründen:

a.) Die Schweiz hat eine ganz bedeutende, heute noch sehr lebendige religiöse Tradition aufzuweisen, sowohl im katholischen wie im protestantischen Lager: zwei der drei grossen Reformatoren wirkten in der Schweiz – die katholisch christlich-soziale Idee hatte ebenfalls

ihren Ursprung in der Schweiz. Die zahlreichen Köpfe von überragender Bedeutung bezeugen die Tradition: [Matthäus] Schiner [(um 1465–1522)], [Huldrych] Zwingli [(1484–1531)], ([Johannes] Calvin [(1509–1564)]), [Théodore] Bèze [(1519–1605)], [Heinrich] Bullinger [(1504–1575)], [Joachim] Vadian [(1484–1551)], [Johannes] Oekolompad [(1482–1531)], (Carl Borromäus [(1538–1584)], [Jakob Christoph] Iselin [(1681–1737)], [Johann Heinrich] Pestalozzi [(1746–1827)], [Alexandre] Vinet [(1797–1847)], [Charles] Secrétan [(1815–1895)], [Gaspard] Mermillod [(1824–1892)], [Philipp Anton] v. Segesser [(1817–1888)], [Caspar] Decurtins [(1855–1916)], [Johann Baptist] Rusch [(1886–1954)], [Christoph] Blumhardt [(1842–1919)], [Hermann] Kutter [(1863–1931)], Ragaz, Barth, Lieb, [Walter] Nigg [(1903–1988)], Lüthy, Lejeune u.a.

Ich wage zu behaupten, dass sozialistische Kämpfer wie [Léon] Nicole [(1887–1965)] und [Hans] Mühlestein [(1887–1969)] ohne „religiösen Impuls“ nicht zu denken sind, dass Leute wie Fritz Brupbacher [(1874–1945)] – oder früher [Pierre] Coullery [(1819–1903)] ausgesprochen religiöse Naturen waren (trotz, ja gerade wegen ihrem antireligiösen Fanatismus), ja dass der Puritanismus als Charakterzug sehr oft den schweizerischen Sozialisten anhaftet (Nicole, Hans Oprecht [(1894–1978)]. Und man denke an Charles Naine [(1874–1926)].

Eine Zeitung wie das Wochenblatt „[Die] Nation“ ist ebenfalls für eine typisch schweizerische, etwas kleinbürgerliche Religiosität charakteristisch: die Erbauungstexte eines Weidemann oder [Otto] Brogle usw.⁵⁴ – Peter Surava [(1912–1995)] kommt aus einer solchen Grundhaltung zum aktiven Sozialismus.

b.) Der schweizerische religiöse Sozialismus der Gegenwart erweist sich als eine starke moralische, ja sogar politische Kraft. Es ist nicht zu vergessen, dass „der von der Partei (gemeint ist die S[ozialistische] P[artei].) getragene Sozialismus denn auch von keiner Seite, die gegnerische eingeschlossen, jemals eine schärfere Kritik im Grundsätzlichen erfahren hat, als durch die religiösen Sozialisten“ ([Mario] Gridazzi).⁵⁵ Man darf ferner z.B. nicht vergessen, dass Leonhard Ragaz das Rätssystem als ein durchaus schweizerisches Prinzip bezeichnete (Neue Schweiz, S. 147).

Eine wirklich aktive Partei, die alle sozialistischen Potenzen der schweizeri-

schen Gegenwart zu vereinen sucht, hat diese Kräfte zu integrieren.

Ich glaube nicht, dass diese Integration die sozialpolitischen und allgemein politischen Forderungen der Partei abschwächt. Im Gegenteil, es kommt sehr oft vor, dass die religiösen Sozialisten mutiger zu kühnen Forderungen stehen (man denke an Ragaz oder Dr. Wolf) als manche Marxisten.

V.

Es gilt daher, die Zusammenarbeit von Marxisten und Sozialisten, die nicht Marxisten sind, innerhalb der Partei der Arbeit fruchtbar zu gestalten. Eine vorläufige Einheitsfront ergibt sich auf der Plattform: Verwirklichung einer sozialistischen Schweiz.

Die jeweilige Abgrenzung ist eine Frage des menschlichen Taktes und zugleich eine Frage der politischen Gegebenheiten von Ort und Zeit. (Luzern ist z.B. nicht Basel, Industriearbeiter sind nicht Bauern).

Die Ausführungen von Prof. Baumgarten über das Zusammenarbeiten halte ich für wegweisend.

VI.

Wie sich die Zusammenarbeit auf längere Dauer auswirken wird, kann nicht vorausgesagt werden. Grundsätzlich sagt der Marxist dazu folgendes:

Die Verwirklichung des Sozialismus bedeutet die Vermenschlichung des Menschen – und diese hebt dessen Selbstentfremdung auf. Das „Religiöse“ ist aber nach Marx nichts anderes als eine besondere Form der menschlichen Selbstentfremdung. Die Verwirklichung des Sozialismus ist daher gleichbedeutend mit Aufhebung der Religion: „das Reich Gottes“ wird zum „Reich des Menschen“.

„Die Kritik der Religion ist also im Keim die Kritik des Jammertales, dessen Heiligenschein die Religion ist“ (Marx).⁵⁶

Der immanente Widerspruch eines jeglichen „religiösen Sozialismus“ wird zugunsten des Sozialismus aufgehoben. Dass diese Aufhebung nur sehr sukzessive vor sich geht, beweisen die Vorkommnisse in der Sowjetunion: innerhalb einer sozialistischen Gesellschaft gibt es neue Klöster und neue Priesterseminarien.

Für die Schweiz stellt sich jetzt das Problem der Sozialisierung der Gesellschaft. Die andere Seite des Problems: Christentum – Sozialismus steht für eine aktive, umfassende politische Partei von Sozialisten heute nicht auf der Tagesordnung.

Anmerkungen:

1/ Jon Sobrino: Der Glaube an Jesus Christus, hg. und mit einer Einführung versehen von Knut Wenzel. Ostfildern 2008, S. 92.

2/ Hans Heinz Holz: Deutsche Ideologie nach 1945. Gesammelte Aufsätze aus 50 Jahren. Bd. 2. Essen 2003, S. 161.

3/ *Quadragesimo anno* in: Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente. Mit Einführungen von Oswald von Nell-Breuning SJ und Johannes Schasching SJ, hg. von der Katholischen Arbeiternehmer-Bewegung Deutschlands. Köln 2007⁹, S. 61–122, hier S. 101, sowie <http://www.uibk.ac.at/theol/lese-raum/texte/319.html> [10.1.2014].

4/ Ebd., S. 104f.

5/ Zit. von Viktor Cathrein SJ: Sozialismus und Katholizismus. Paderborn 1929, S. 100 (Schlusswort).

6/ Mein Kampf. Zit. nach der Auflage München 1939, S. 379f.

7/ Bertolt Brecht: Prosa. Berlin 2013, S. 1503.

8/ Eduard Winter: Die Sowjetunion und der Vatikan. Teil 3 der Trilogie Rußland und das Papsttum. Berlin 1972, S. 131–140 über die Vatikanische Antisowjetpolitik und den Gebetsfeldzug; ders.: Rom und Moskau. Ein halbes Jahrtausend Weltgeschichte in ökumenischer Sicht. Wien, München, Zürich 1972.

9/ Benedicta Maria Kempner: Priester vor Hitlers Tribunalen. München 1996 (Nachdruck von 1967²), S. 29–35 (Bonhoeffer) und S. 61–74 (Delp).

10/ Mt 5, 13f. (<http://www.uibk.ac.at/theol/lese-raum/bibel/mt5.html>).

11/ Philosophisches Wörterbuch, hg. von Walter Brugger SJ. Wien 1948, S. 207f. (Marxismus), hier S. 208.

12/ Die Arbeiten von Johannes Kleinhappl hat Ernst van Loen in fünf Bänden gesammelt und herausgegeben: Bd. 1, Wien 1991, Bde. 2–5, Innsbruck, Wien 1992–1996; vgl. auch Gerhard Oberkofler: Eine Erinnerung an den Moraltheologen Johannes Kleinhappl, in: *Alfred Klahr Gesellschaft. Mitteilungen*, 11. Jg. (2004), Nr. 3. Die österreichische Provinz der Gesellschaft Jesu hat am 23. Oktober 2009 in Wien „Im Gedenken an Prof. Johannes Kleinhappl“ eine versöhnliche Veranstaltung organisiert. 1960 hat Kleinhappl die Arbeiten von Konrad Farner registriert. So schrieb er am 6. Jänner 1960 nach Erhalt von Farners Schrift „Fragen und Frager. Christ und Marxist heute“ (Düsseldorf 1959) an den *Progress-Verlag* Düsseldorf: „*Ich habe sie [die Schrift] mit großem Interesse gelesen und werde sie wieder lesen, denn ich finde darin die Frage unserer Zeit zutreffend, ja einzigartig dargestellt und behandelt. Ich möchte den Verfasser zu seiner Arbeit herzlichst beglückwünschen.*“ Handschriftensammlung der Zentralbibliothek Zürich.

13/ Das Buch von Gustav A. Wetter: *Il materialismo dialettico sovietico*. Torino 1948 wurde

überarbeitet ins Deutsche übertragen und in mehreren erweiterten Auflagen (Freiburg 1960⁵) verbreitet. Dazu Georg Klaus: *Jesuiten. Gott. Materie. Des Jesuitenpaters Wetter Revolte wider Vernunft und Wissenschaft*. Berlin 1958.

14/ Vgl. Gustav A. Wetter SJ: *Die sowjetische Konzeption der Koexistenz*. Bonn 1959 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst, Heft 42).

15/ Gustav Wetter: *Entwicklungstendenzen der nachstalinistischen Epoche*, in: *Christen oder Bolschewisten. Eine Vortragsreihe*. Stuttgart 1957, S. 63–80, hier S. 78.

16/ Prof. Dr. Gundlach SJ: *Die Frage der Koexistenz*, in: *Kirche in Not. IV. Bolschewismus. Koexistenz. Infiltration. Überwindung*. Königstein/Ts. 1957, S. 11–22.

17/ Ebd., S. 10.

18/ Franz Thedieck: *Kommunistische Infiltration in der Bundesrepublik*, in: ebd., S. 83–109.

19/ Die Organisation *Kirche in Not / Ostpriesterhilfe e.V.* in Königstein im Taunus hat 2001 „*Ausgewählte Gedanken*“ des Antikommunisten Werenfried van Straaten unter dem Titel „*Kämpfer für den Frieden. Werenfried van Straaten über sein Lebenswerk für bedrängte Christen*“ herausgegeben. Dort heißt es z.B.: „*Authentische Christen [...] predigen keinen Aufstand, sondern lehren die Sklaven, in der Freiheit der Kinder Gottes zu leben*“ (S. 35). Das Vorwort zu dieser Sklavenpastoral hat Chiara Lubich (1920–2008) geschrieben. Diese ist Gründerin der rechtskatholischen *fokolare-Bewegung*, für deren Phrasen über „Geschwisterlichkeit“ ein ehemaliger Vorsitzender der KPÖ inner- und außerhalb seiner Partei wirbt! Der Marxist, so Konrad Farner, „muß sich stets bewußt sein, daß ein christlicher Revolutionär ihm weit näher steht als ein atheistischer Nichtrevolutionär“. Konrad Farner: *Jesus als Brandstifter – Christus als Brandlöscher. Versuch einer provozierenden Skizze*, in: *Marxisten und die Sache Jesu*, hg. von Iring Fetscher und Milan Machovec. München 1974, S. 62–66, hier S. 66.

20/ *Kirche und Kommunismus*. Düsseldorf 1956, S. 94 (http://www.kathpedia.com/index.php?title=Dekret_vom_1._Juli_1949 [25.1.2014]). Vgl. Eduard Winter: *Die Sowjetunion und der Vatikan*, Teil 3, S. 264f.; J. R. Grigulevič: *Ketzer – Hexen – Inquisitoren. Geschichte der Inquisition (13.–20. Jahrhundert)*, Bd. 2. Berlin 1976, S. 568f.

21/ In einem Interview betont Papst Franziskus: „*Wenn einer Antworten auf alle Fragen hat, dann ist das der Beweis dafür, dass Gott nicht mit ihm ist. Das bedeutet dass er ein falscher Prophet ist, der die Religion für sich selbst benutzt.*“ Antonio Spadaro SJ: *Das Interview mit Papst Franziskus*, hg. von Andreas R. Batlogg SJ. Freiburg, Basel, Wien 2013, S. 60.

22/ *Sozialismus und Religion*, in: *Werke*, Bd. 10. Berlin 1972, S. 70–75, hier S. 74. Schon 1926 hat Hermann Duncker (1874–1960), der viel für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus getan hat, im Vorwort zu einer Zusammenstellung von Sätzen von Lenin über die Religion geschrieben: „*Marxismus ohne Atheismus ist nicht denkbar*“. W. I. Lenin: *Über Religion*. Aus Artikeln und Briefen. Wien, Berlin 1926, hier S. 12. Seit 1956 sind in Berlin mehrere Auflagen von Reden und Schriften Lenins zu Fragen der Religion herausgekommen. Ein Sammelband von Textpassagen von Karl Marx und Friedrich Engels „*Über Religion*“ wurde vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED 1987 publiziert.

23/ Karl Rahner: *Sämtliche Werke*. Bd. 10. *Kirche in den Herausforderungen der Zeit. Studien zur Ekklesiologie und zur kirchlichen Existenz*. Freiburg, Basel, Wien 2003, S. 143–161, hier S. 179.

24/ Max Frisch: *Schweiz ohne Armee? Ein Palaver*. Zürich 1989, S. 88f.

25/ Hermann Klenner/Gerhard Oberkofler: *Arthur Baumgarten. Rechtsphilosoph und Kommunist. Daten und Dokumente zu seiner Entwicklung*. Innsbruck, Wien, Bozen 2003; *Arthur Baumgarten: Grundzüge der juristischen Methodenlehre*. Bern 1939, hg. und mit einem Anhang versehen von Hermann Klenner. Freiburg [u.a.] 2005.

26/ Hermann Klenner: *Arthur Baumgarten und die deutsche Rechtsphilosophie in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts. Zum 100. Geburtstag des Rechtswissenschaftlers*, in: *Staat und Recht*, Nr. 3/1984, S. 202–210, hier S. 202. Vgl. *Arthur Baumgarten: Rechtsphilosophie auf dem Wege*. Vorträge und Aufsätze aus fünf Jahrzehnten, hg. von Helene Baumgarten, Gerd Irritz und Hermann Klenner. Glashütten im Taunus 1972, mit Baumgarten-Bibliographie S. 567–574.

27/ *Beiträge zu Leben und Werk Konrad Farners*, hg. von der Konrad-Farner-Vereinigung. Zürich 1988 (dort u. a. Hans Heinz Holz: *Der originäre Beitrag Konrad Farners zur Entwicklung der marxistischen Theorie*, S. 25–30); Wolfgang Beutin, Hermann Klenner, Eckart Spoo (Hg.): *Lob des Kommunismus. Alte und neue Weckrufe für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen*. Hannover 2013, S. 173–177. Frau Sibylle Farner (Thalwil) danke ich sehr herzlich für die Erlaubnis, den Nachlass ihres Vaters in der Handschriftensammlung der Zentralbibliothek Zürich zu benutzen. Dort wurde ich aufmerksam betreut.

28/ *Briefe Farner/Rjazanov in der Handschriftensammlung der Zentralbibliothek Zürich*. Über Rjazanov und die Bibliothek des Marx-Engels-Instituts siehe Lija Ivanovna L'vova in: *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge. Sonderband 1*. David Borisovič Rjazanov und die erste MEGA. Hamburg 1997, S. 36–41.

29/ *Druck* Bern 1947.

30/ Konrad Farner: *Leonhard Ragaz in der Sicht eines Marxisten*, in: *Neue Wege*, 62. Jg. (1968), Heft 7–8, S. 220–222.

31/ *Vortragsmanuskript vom 25. Oktober 1949*. Handschriftensammlung der Zentralbibliothek

Zürich. Vgl. Schweizer Ethiker im 20. Jahrhundert. Der Beitrag theologischer Denker, hg. von Wolfgang Lienemann und Frank Mathwig. Zürich 2005 (dort Karl Barth: Leonhard Ragaz, S. 9–31 und Wolfgang Lienemann: Karl Barth 1886–1968, S. 33–56). Zum Thema speziell bemerkenswert Milan Machovec: Marxismus und dialektische Theologie. Barth, Bonhoeffer und Hromádka in atheistisch-kommunistischer Sicht. Zürich 1965.

32/ Vgl. Hermann Klenner: Marxismus und Menschenrechte. Studien zur Rechtsphilosophie. Anhang: Menschenrechtskataloge aus Vergangenheit und Gegenwart. Berlin 1982, S. 36f. (Schriften zur Philosophie und ihrer Geschichte, Bd. 31).

33/ Der auf Thomas von Aquin überkommene christliche Eigentumsbegriff, S. 36; Gerhard Oberkofler: Zur Geschichte der katholischen Soziallehre in Österreich, in: *Weg und Ziel*, 33. Jg. (1975), Nr. 3, S. 129–131.

34/ Für Kopien der Doktorprüfung von Konrad Farner danke ich Dr. Hermann Wichers, Leiter der Benutzung des Staatsarchivs Basel.

35/ Gutachten Salin. Staatsarchiv Basel.

36/ Konrad Farner: Theologie des Kommunismus. Frankfurt/M. 1969; ders.: Lesebuch, hg. von Max Bächlin und Martha Farner. Basel 1978, mit Bibliographie S. 271–276.

37/ Gustavo Gutiérrez: Nachfolge Jesu und Option für die Armen. Beiträge zur Theologie der Befreiung im Zeitalter der Globalisierung. Fribourg Suisse 2009, S. 61 (Studien zur christlichen Religions- und Kulturgeschichte, Bd. 10).

38/ Pedro Arrupe: Unser Zeugnis muß glaubwürdig sein. Ein Jesuit zu den Problemen von Kirche und Welt am Ende des 20. Jahrhunderts. Ostfildern 1981.

39/ Enrique D. Dussel: Theologie der Befreiung und Marxismus, in: Ignacio Ellacuría/Jon Sobrino (Hg.): *Mysterium Liberationis*. Grundbegriffe der Theologie der Befreiung, Bd. 1. Luzern 1995, S. 99–130.

40/ Jon Sobrino: Der Preis der Gerechtigkeit. Briefe an einen ermordeten Freund. Würzburg 2007 (Ignatianische Impulse); ders.: Sterben muß, wer an Götzen rührt. Das Zeugnis der ermordeten Jesuiten in San Salvador: Fakten und Überlegungen. Mit einem Hintergrundbericht von Roger Peltzer. Fribourg/Brig 1990.

41/ Vgl. z.B. Knut Wenzel (Hg.): Die Freiheit der Theologie. Die Debatte um die Notifikation gegen Jon Sobrino. Ostfildern 2008.

42/ Herbert Vorgrimler: Karl Rahner. Zeugnisse seines Lebens und Denkens. Stuttgart 2011², S. 58, Anm. 49.

43/ Herbert Vorgrimler: „Konfrontation der Ideen zum Zwecke der Kooperation im Handeln“. Erfahrungen mit dem marxistisch-christlichen Dialog, in: Plädoyers für einen wissenschaftlichen Humanismus, hg. von Josef Schleifstein und Ernst Wimmer. Wien 1981, S. 69–80, hier S. 70.

44/ Gerhard Oberkofler: Thomas Schönfeld. Österreichischer Naturwissenschaftler und Friedens-

kämpfer. Innsbruck, Wien, Bozen 2010, S. 363.

45/ Vgl. Martin Krenn: Das Ganze denken. Natur und Mensch im Werk von Walter Hollitscher. Wien 2012 (Quellen & Studien, Sonderband 15), S. 33.

46/ Herwig Büchele SJ: Soll Milošević das letzte Wort haben? Gutgemeinte Aufrufe zum Nato-Rückzug und warum man sie nicht unterschreiben sollte, in: *Die Presse*, 27.4.1999.

47/ Alex Lefrank SJ: In der Welt – nicht von der Welt. Würzburg 2011 (Ignatianische Impulse, Bd. 52), S. 29–31.

48/ Ebd., S. 13.

49/ Liebt einander!, in: *Katholische Evangelisationszeitschrift*, Heft 3/2013, S. 24–26.

50/ Jon Sobrino SJ: Der Glaube an Jesus Christus (wie Anm. 1); Leonardo Boff: Franziskus aus Rom und Franz von Assisi. Ein neuer Frühling für die Kirche. Kevelaer 2014.

51/ John Milton (1608–1674) hat 1667 mit *Paradise Lost. A Poem Written in Ten Books*, eines der bedeutendsten Epen der Weltliteratur publiziert. Er schildert den Kampf der himmlischen mit den satanischen Heerscharen und den Sündenfall der Menschen, sein verlorenes Paradies. Es ist auch ein Symbolgedicht über die englische Revolution. 1671 publizierte er über das wiedereroberte Paradies *Paradise Regai-*

ned. A Poem in IV Books. To which is added Samson Agonistes. Vgl. John Milton: Zur Verteidigung der Freiheit. Sozialphilosophische Traktate, hg. und mit einem Anhang versehen von Hermann Klenner. Leipzig 1987 (Reclams Universal-Bibliothek, Bd. 1212).

52/ Dieser Satz ist in der Vorlage nicht vollständig, aber die Zielrichtung von Baumgarten ist offenkundig. Ihm geht es darum von der passiven Solidarität zur aktiven Solidarität zu kommen.

53/ Baumgarten nimmt auf das in der *Partei der Arbeit* wahrscheinlich so wahrgenommene Zitat von Karl Marx Bezug, das wörtlich so heißt: „Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volks.“ Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. MEW, Bd. 1. Berlin 1972, S. 378–391, hier S. 378.

54/ Über *Die Nation* und ihre Mitarbeiter s. Annetta Bundi und Andi Jacomet: „Das gibt es in der Schweiz!“ Sozialreportagen in der „Nation“ 1939–1952. Bern 1997.

55/ Die Entwicklung der sozialistischen Ideen in der Schweiz bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Zürich 1935.

56/ MEW, Bd. 1. Berlin 1972, S. 379.

Literaturempfehlungen

Hans Hautmann:

Von der Permanenz des Klassenkampfes und den Schurkereien der Mächtigen

Aufsätze und Referate für die
ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Wien: Alfred Klahr Gesellschaft 2013
(Quellen & Studien, Sonderband 16), 406 S., 20,- Euro

Der Studienband vereint 31 Aufsätze und Referate von Univ.-Prof. Dr. Hans Hautmann, die in den vergangenen 20 Jahren in den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* erschienen sind bzw. von ihm auf Veranstaltungen der AKG vorgetragen wurden.

Bestellmöglichkeit: klahr.gesellschaft@aon.at



Claudia Kuretsidis-Haider/
Manfred Mugrauer (Hrsg.)

Geschichtsschreibung als herrschaftskritische Aufgabe

Beiträge zur ArbeiterInnenbewegung,
Justizgeschichte und österreichischen
Geschichte im 20. Jahrhundert

Festschrift für Hans Hautmann
zum 70. Geburtstag

350 Seiten

€ 34.90

ISBN 978-3-7065-5271-4

www.studienverlag.at

Nachlässe zur österreichischen Arbeiterbewegung I

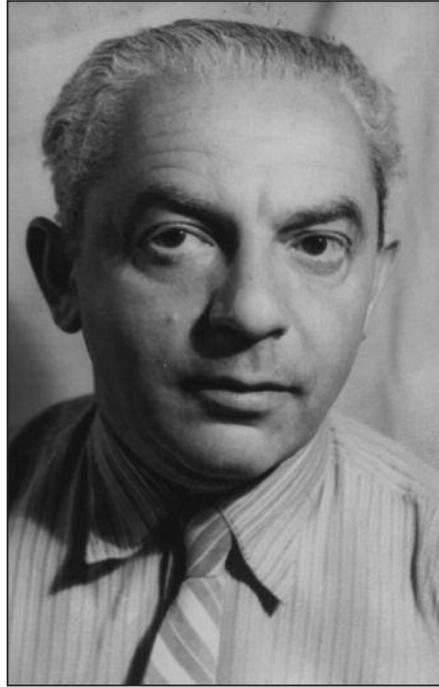
Der Nachlass Bruno Frei im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW)

Vorgestellt werden sollen an dieser Stelle im Rahmen einer losen Folge Kurzbeschreibungen von zentralen Nachlass-Beständen zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Der Fokus wird hierbei auf einer überblicksartigen Beschreibung des Nachlasses bzw. der im Nachlass einliegenden Materialien liegen; einleitende Bemerkungen zur Vita des Nachlassers, zur Bestands- und Archivgeschichte des Nachlasses sowie zu etwaig vorhandenen Findmitteln und Archivbehelfen sollen das Bild abrunden. Das Fehlen eines dem bundesdeutschen „Inventar zu den Nachlässen der deutschen Arbeiterbewegung“ (1993) vergleichbaren Spezialinventars von Nachlässen von Persönlichkeiten der österreichischen Arbeiterbewegung macht sich in diesem Zusammenhang unangenehm bemerkbar; tatsächlich ist die Erarbeitung eines derartigen Inventars, das es ermöglichen würde, einen neuen Zugang zu Quellen abseits der lückenhaften Überlieferung der Partei- und Gewerkschaftsregistraturen zu bieten, bislang ein Desiderat der österreichischen Historiographie geblieben.

Bruno Frei, 1897 im damals ungarischen Pressburg als Sohn eines jüdischen Kaufmannes geboren, war einer der profiliertesten Journalisten und Schriftsteller der kommunistischen Bewegung Deutschlands und Österreichs. Über die österreichische Sozialdemokratie fand er 1934 endgültig zu der bereits illegalisierten KPD, nachdem er seinen Lebens- und Arbeitsmittelpunkt Ende der 1920er Jahre nach Berlin verlagert hatte und für die kommunistische Presse in Deutschland tätig geworden war, nicht zuletzt als enger Mitarbeiter von Willi Münzenberg, dem Peter Weiss in seiner fulminanten Trilogie „Ästhetik des Widerstands“ ein bleibendes Denkmal setzte.

Nach erzwungener Emigration und Exil in Frankreich und Mexiko kehrte Frei im April 1947 nach Österreich zurück und wurde auch formell Mitglied der KPÖ, der er fortan beruflich verbunden blieb: als Chefredakteur des *Abend*, als Korrespondent der *Volksstimme* in China sowie als Mitherausgeber des (*Österreichischen*) *Tagebuchs*. Frei, der dem „antirevisionistischen“ Flügel in der KPÖ zuzurechnen ist, starb 1988 in Klosterneuburg.

Nach dem Tod Freis übergab seine dritte und letzte Gattin, die ehemalige *Volksstimme*-Redakteurin Gerda Rothmayer-Freistadt, seinen Nachlass an das DÖW. Dort führte der vormalige Spanien- und Widerstandskämpfer Ferdinand Hackl (1918–2010) auf ehrenamtlicher Basis er-



Bruno Frei (1897–1988)

ste notwendige Ordnungsarbeiten durch, die die Grundlage für die wissenschaftliche Erschließung und die – nach wie vor gültige – Aufstellung des Bestandes wurden. Hackl näherte sich dem Material mittels pertinenzmäßiger Kriterien, sodass im Ergebnis eine differenzierte Untergliederung in 22 mit Buchstaben bezeichnete Großthemen vorliegt. Die Bandbreite dieser Themen reicht nun von „Biographica“ (Bestandsgruppe B) über Korrespondenzen mit seiner (Freis) dritten Gattin Gerda (G) bis zu einem Konvolut von Rezensionen bzw. Manuskripten Freis zu einzelnen Büchern und tagespolitischen Ereignissen (W). Jede Bestands- und somit Buchstabengruppe ist dabei neuerlich nach numerischen Gesichtspunkten unterteilt (z.B. B1: Biographien von Frei und Bibliographien einen Teil seiner Werke bis 1978 betreffend – B16: Heiratsurkunde und sonstige Unterlagen betreffend die Heirat mit Elena Hernando Valcarcel 1944), wobei auch hier „sachnahe“ Materialien zusammengezogen wurden. Damit ist jedes im

Nachlass vorhandene Dokument einer exakten Signatur zugeordnet. Der DÖW-eigenen Archivspezifik folgend konnte Hackl auf diese Weise eine Sammlung von über 300 so genannten „Kuverts“ bilden, die in archivwissenschaftlicher Hinsicht über dem Einzelakt, jedoch unter dem klassischen „Faszikel“ des staatlichen Archivwesens angesiedelt sind. Jedes dieser „Kuverts“ im Nachlass Frei ist mit der beschriebenen Signaturkombination aus Buchstabe und Zahl versehen und stellt somit eine originäre Entität mit je variierendem Inhalt und Umfang dar: B2 (Kurze Autobiographie von Frei betreffend die Jahre 1931 bis 1941, am 2.7.1941 auf Ellis Island verfasst) steht mit seinen 4 Blättern etwa der Signatur L9 gegenüber, die auf exakt 202 Blättern Tagebuchaufzeichnungen von Frei aus den Jahren 1958/59 über China beinhaltet.

Resümierend kann festgehalten werden, dass die vorhandenen Materialien des Nachlasses nahezu alle Lebensabschnitte und Wirkungskreise von Bruno Frei abdecken. Neben den erwähnten Tagebuchaufzeichnungen stellen insbesondere die umfangreichen Korrespondenzen mit unterschiedlichsten Persönlichkeiten des In- wie Auslandes (Günther Nenning ist ebenso prominent vertreten wie Klaus Gysi, Anna Seghers oder Mira Lobe) einen wahren Fundus für die Geschichte der österreichischen und internationalen Arbeiterbewegung sowie für die österreichische Zeitgeschichte im Allgemeinen dar. Gemeinsam mit einem im Literaturarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek einliegenden Teilnachlass stellt der Nachlass im DÖW damit ein schier unerschöpfliches Reservoir für eine noch zu verfassende Biographie Freis dar, die bislang (leider) ein Desiderat geblieben ist.

MARTIN KRENN

Hilfsmittel zum Bestand:

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Die Sammlung Bruno Frei (1897–1988). Zusammengestellt von Eva Holpfer unter Mitarbeit von Ferdinand Hackl. (= Kataloge des DÖW, Neue Reihe 2). Wien 1996.

Beim nächsten Mal: Der Nachlass Hermann Langbein (1912–1995) im Allgemeinen Verwaltungsarchiv (AVA) des Österreichischen Staatsarchivs.

Karl Ausch, *Als die Banken fielen. Zur Soziologie der politischen Korruption*, hg. von Alexander Emanuely und Brigitte Lehmann. Wien: Verlag der Theodor Kramer Gesellschaft 2013, 30,-

Vorauszuschicken ist, dass hier das Buch eines Ökonomen durch einen Nicht-Ökonomen rezensiert wird. Mehr noch: Der Rezensent räumt ein, nicht jede Einzelheit der vom Autor geschilderten wirtschaftlichen und finanzkapitalistischen Entwicklungen so nachvollziehen zu können, dass er ruhigen Gewissens behaupten könnte: verstanden. Das stellt allerdings kein Hindernis dafür dar, dieses erstmals 1968 publizierte Werk des sozialdemokratischen Self-made-Ökonomen Karl Ausch gerade angesichts der heutigen krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus von Beginn an mit Staunen und Spannung zu lesen. Schon von den ersten Kapiteln an, die sich mit den Verwerfungen des österreichischen Bankensystems nach dem Zusammenbruch und Sturz des Habsburgerreiches beschäftigen, stolpert man als interessierter Nicht-Ökonom von einem Aha-Erlebnis zum nächsten. Da folgt man beispielsweise einer atemberaubenden Schilderung einer nicht friktionsfreien, aber letztlich doch erfolgreichen Verschränkung des internationalen mit dem österreichischen Finanzkapital im Rahmen der sogenannten „Genfer Sanierung“ zu Beginn der Zwanzigerjahre. Und identifiziert nicht wenige der damit zusammenhängenden Maßnahmen gegenüber Österreich und seinen Werktätigen mit der heutigen EU-Politik gegenüber Griechenland u.a., spricht: Was als „Hilfe“ für Österreich verhandelt und beschlossen wird, ist Unterstützung fürs internationale Finanzkapital und Stabilisierung des nationalen, verbunden mit sozialem Kahlschlag im Land selbst. Und Ausch nennt natürlich immer auch die Namen der Profiteure und Krisengewinnler samt deren weitverzweigte Verflechtungen, die sie als Angehörige und Teil der herrschenden Klasse kenntlich machen. Und zuweilen meint man, sich in der heutigen politischen Spiegelfechterei verfangen zu haben, weil manche Wortspenden verantwortlicher Akteure so sehr an heutige mediale Auslassungen von Funktionären der Herrschenden erinnern.

Die Anklänge an heute stachen auch dem ehemaligen SP-Finanzminister (1986 bis 1995) Ferdinand Lacina ins Auge, der im Vorwort schreibt: „In manchen Passagen des vorliegenden Buches glaubt man nur die Namen der handel-

den Personen auswechseln zu müssen, um sich in die Gegenwart versetzt zu fühlen. Zum Beispiel kommt in einem parlamentarischen Ausschuss bei der Untersuchung des Zusammenbruchs der ‚Biedermann-Bank‘ (sie hieß tatsächlich so) das Konto seperato einer Frau ‚Marie Schmidt‘ zur Sprache, über das der damalige christlich-soziale Außenminister Dr. Viktor Mataja verfügt haben soll. Wer dabei die Namen von Schwiegermüttern oder Wahlonkeln der heutigen Zeit assoziiert, ist selbst schuld.“

Auffällig ist darüber hinaus, wie sehr damals gerade die von Anfang an oder später dem Lager des Faschismus angehörigen Köpfe der Bourgeoisie in Krisengewinnereien und Skandale verwickelt waren. Bis hin zu den Vertretern auf der internationalen Bühne, von denen der lange Zeit mit Österreich befasste Kommissär des Völkerbundes Meinoud Rost von Tonningen nur ein herausragender war: Ab 1936 führender Funktionär der holländischen Nationalsozialisten, Mitglied der Waffen-SS, 1941 Gouverneur der holländischen Notenbank. Minuziös beschreibt Ausch die vielen kleinen und großen Schritte, die letztlich in die wirtschaftlich-soziale Ausweglosigkeit und den (zunächst) austrofaschistischen Abgrund führen. Er vollbringt dies anschaulich ganz entsprechend seiner journalistischen Herkunft: Von 1927 bis 1934 Redakteur der sozialdemokratischen Tageszeitung *Das Kleine Blatt* und 1946 bis 1959 Wirtschaftsredakteur der *Arbeiter-Zeitung* der SPÖ. Dazwischen – das sicherlich ein wesentlicher Grund dafür, dass sich die auf die Literatur des Exils spezialisierte *Theodor Kramer Gesellschaft* um die Neuauflage des Werkes bemüht hat – war Ausch als Jude zur Emigration gezwungen und 1941–1946 in der Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten in London tätig; nach der Rückkehr unter anderem ab 1952 Mitglied des Generalrats der Österreichischen Nationalbank (im Anhang zeichnen die Herausgeber der Neuauflage ein detailliertes, durchaus beeindruckendes Portrait des Autors).

Für so manche heutige Auseinandersetzungen nützlich könnten auch manche der von Auschs penibel geschilderten ein buntes Mosaik des Zustands der Ersten Republik ergebenden Bank-Einzelfälle sein. Nicht zuletzt zeigen sie die vielfältige Verschränkung der bürgerlichen Klasse und machen für den Leser, die Leserin kenntlich, dass das heute beliebte Gerede von der angeblich guten „Realwirtschaft“ und der bösen „Finanz-

wirtschaft“ in aller Regel bodenloses Geschwafel darstellt, das deren Zusammenwirken als Finanzkapital nicht zur Kenntnis nehmen will. Gerade auch über die 1920er Jahre in Österreich kann man unter Berufung auf Auschs Fakten- und Zitatensammlung mit mindestens ebensolchem Recht wie heute von Casinokapitalismus und ähnlichen Wortschöpfungen sprechen. Die allesamt etwas Wahres mittransportieren, aber nur manch neuen Schlauch in den Vordergrund stellen und den alten Wein nicht sehen wollen.

Aber es gibt natürlich ein Problem mit einer Erzählung, die von den Großspekulanten Bosel, Castiglioni und Konsorten bis zu einem steirischen Pfarrer namens Gimpel (!) – einem peripheren Beteiligten am Bankrott der Böhmisches Industriebank – alle „Fälle“ zerlegt und dabei immer wieder zu Formeln Zuflucht nehmen muss wie einer „Geschäftsführung, die unvorstellbar dilettantisch und leichtfertig war, manchmal aber auch ans Verbrecherische grenzte“ (S. 243); oder Handlungen, „die den völligen moralischen Verfall jener Zeit in erschreckender Weise illustrieren“ (S. 250; Beispiele unter vielen). Jene Mechanismen nämlich, die notwendig der kapitalistischen Produktions- und Wirtschaftsweise entspringen, geraten bei einer solchen Sichtweise naturgemäß leicht in den Hintergrund. Auch bei Ausch, der die Produktionsweise, die Mehrwertproduktion, das Eigentum an den Produktionsmitteln, als grundlegende Problemstellung im Wesentlichen umgeht. Übrig bleibt der sozialdemokratische Weg, als Lehre der 1920er und 30er Jahre zur Sozialpartnerschaft der Nachkriegszeit der 1950er und 60er Jahre, und der gesetzlichen Begrenzung der finanziellen Erpressbarkeit von Staaten und Werktätigen zu gelangen. In Österreich erreichte dieser Weg, erleichtert durch die Existenz der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in Osteuropa, bekanntlich in den Jahren der Kreisky-Regierung seinen Höhepunkt. Dennoch bleibt Ausch vorsichtig, wenn es um die Beurteilung möglicher Gefahren für die Zeit nach Fertigstellung seines Buches (also nach 1968) geht. Er endet so: „Welcher Schluss ist aus diesen Erwägungen (über die Möglichkeiten der Krisenvermeidung; K.W.) zu ziehen? Hüten wir uns vor zu viel Selbstsicherheit!“ – Obwohl der Vorwortschreiber Lacina dem beipflichtet, interpretiert er Ausch (zulässig) auch so: „Die Finanzkrise war vermeidbar“.

Da öffnet sich nun ein weites Feld. Einfach gesagt: „Doch die Verhältnisse,

14. Gedenkfahrt nach Engerau

Zu Ostern 1945 trieben Wiener SA-Männer und „politische Leiter“ der NSDAP Hunderte ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter vom Lager Engerau (heute Petržalka) über Hainburg nach Bad Deutsch-Altenburg, wo sie nach Mauthausen verschifft wurden. Mehr als hundert Menschen wurden erschossen, erschlagen und zu Tode misshandelt.

Das Lager Engerau war Ende November 1944 u.a. für Schanzarbeiten beim Bau des so genannten „Südostwalles“ eingerichtet worden. Bereits bis zur Evakuierung vor der heranrückenden Roten Armee Ende März 1945 kamen Hunderte ungarische Juden aufgrund der unvorstellbaren hygienischen Bedingungen und von Misshandlungen ums Leben oder wurden ermordet.

Programm

9.30 Gedenkkundgebung beim Mahnmal auf dem Friedhof in Petržalka (Engerau)/Bratislava

11.00 Fahrt zu den Gedächtnisorten des ehemaligen Lagers Engerau

12.15 Gedenkkundgebung beim Gedenkstein für die Opfer des „Todesmarsches“ in Wolfsthal

14.15 Gedenkveranstaltung beim Mahnmal „Panzersperre“ in Berg (NÖ)

15.30 Gedenkkundgebung auf dem Friedhof in Bruck an der Leitha

16.30 Gedenkkundgebung auf dem Friedhof von Bad Deutsch-Altenburg

Historische Einleitung und Begleitung:
Dr.ⁱⁿ **Claudia Kuretsidis-Haider**
Univ.-Prof. Dr. **Szabolcs Szita**
Dr.ⁱⁿ **Eleonore Lappin**

Zeitzeugenberichte von Endre Várnai und Béla Varga

Ansprachen u.a. von S.E. Dr. Josef Markus Wuketich, H.E. Alexander Ben-Zvi, Reinhard Wiemer, Dr.ⁱⁿ Irmtraut Karlsson, Dr. Peter Salner, Dr. Ondrej Krajiňák

Sonntag, 30. März 2014

Abfahrt: 7.45, Rückkehr: ca. 18.00
Treffpunkt: Praterstern 1, 1020 Wien
Unkostenbeitrag: 12,- Euro

Anmeldung: Tel.: 01/22 89 469/315
kuretsidis@hotmail.com
Infos: www.nachkriegsjustiz.at

die sind nicht so!“ Denn natürlich hätte vieles anders laufen können, wenn der Gigl kein Inflationsspekulant, der Minister nicht bestechlich, der Gogl seriös, Seipel ein Bettelmönch und die französischen und britischen Banken nicht auf ihre goldenen Schnitte und Dividenden, sondern auf die hungernden österreichischen Massen bedacht gewesen wären, kurz: wenn sie alle keine Kapitalisten oder deren Büttel gewesen wären. Wie auch die Hypo-Alpe-Adria ohne Flick und Haider, Balkan-Expansion und Grasser, ohne jene Milliarden, mit denen sich einige Wenige gesund gestoßen und zugleich aus Profitinteresse fremdes Geld, also jenes der Werktätigen, in den Sand gesetzt hätten, nicht jenes Fiasko verursacht hätte, mit dem die Regierung nun den Sozialabbau mitbegründet. Vertreter des Sozialismus-Kommunismus verweisen auf Marx, dem zufolge das immer wieder eintretende theoretisch Vermeidbare praktisch gesetzmäßig immer wieder eintritt. Weshalb es durch eine Änderung der Produktionsweise verunmöglicht werden muss. Wie dies praktisch geschehen soll und kann, ist heute umstrittener denn je. Anhänger des Sozialismus und Kommunismus können sich daher nicht dadurch aus der Affäre ziehen, dass sie kundigen Sozialdemokraten wie Ausch als Wissende der notwendigen Abschaffung des Finanzkapitalismus entgegentreten. Wobei doch auch auffällig ist wie wenig Ahnung die heutige Sozialdemokratie davon hat, wovor sie sich im Sinne Auschs hüten soll. Unabhängig davon tut eine genaue Kenntnis von Vorgängen, wie er sie über die Erste Republik untersucht hat, auch heute not. So wie damals ist sie auch heutzutage von den herrschenden Medien nicht zu erwarten (auch wenn sie sich noch so penetrant das „Qualitäts“-Siegel umhängen). Viel zu tun also für alle antikapitalistischen Kräfte. Ausch ist dafür nützlich.

KARL WIMMLER

Alexander Weiss (Hg.): „Als der Aufstand losbrach...“. Lesebuch zum Februar 1934. Wien: edition tarantel 2014, 180 S., 20,-

Erich Hackl/Evelyne Polt-Heinzl (Hg.): Im Kältefieber. Februargeschichten 1934. Wien: Picus-Verlag 2014, 372 S., 22,90-

Alexander Weiss stellt dem Vorwort Ades in der „edition tarantel“ (Werkkreis Literatur der Arbeitswelt) erschienenen „Lesebuchs zum Februar 1934“

ein Zitat von Giacomo Matteotti voran: „Der Faschismus ist nicht vom Himmel gefallen!“ und erläutert dann, was ihn motivierte, diese Anthologie von Prosatexten, Gedichten und Erlebnisberichten direkt an den Februarkämpfen Beteiligter zusammenzustellen: „Dass der Aufstand der Arbeiter gegen das Dollfußregime im Februar 1934 ein ‚Bürgerkrieg‘ gewesen sei, ist eine Geschichtslüge, es war das von Heimwehr und Regime gut vorbereitete blutige Finale eines Putsches, der bereits 1933 stattgefunden hat.“ In seinem Vorwort verweist der Autor auch auf eine zweite Anthologie literarischer Texte, herausgegeben von Erich Hackl und Evelyne Polt-Heinzl mit dem Titel „Im Kältefieber. Februargeschichten 1934“: Als er einen Hinweis auf die Erzählung „Der steinerne Gast“ des vergessenen Autors und Spanienkämpfers Josef Toch in Archiven (u.a. im Zentralen Parteiarchiv der KPÖ) suchte, erfuhr er, dass Hackl und Polt-Heinzl ebenfalls zum Thema arbeiten. Daraus entstand eine Zusammenarbeit, in der Weise, dass es letztlich zu möglichst wenigen „Überschneidungen“ kam, sodass letztendlich nur vier Texte in beiden Büchern gleichzeitig erscheinen (denn wie soll eine Anthologie zum Februar 1934 herausgegeben werden, ohne beispielsweise Anna Seghers „Weg durch den Februar“ zu berücksichtigen?).

In beiden Büchern geht es nicht um eine historische Aufarbeitung der Februarkämpfe, sondern darum, in welcher Vielfalt Autoren und Autorinnen – in Österreich vorwiegend Schriftsteller des proletarisch-revolutionären Schriftstellerverbandes; im „Ausland“ von Kurt Tucholsky, Willi Bredel, Ilja Ehrenburg bis zu einem Poem von Boris Todrin in den USA und vielen anderen – dieser Kampf Eingang auch in die Weltliteratur fand, wenngleich dies in Österreich selbst (beispielsweise in den Schulbüchern) kaum berücksichtigt wurde. Hackl und Polt-Heinzl betonen, dass es natürlich nach 1945 zahlreiche Veröffentlichungen zum Februar 1934 von revolutionären AutorInnen gab, aber vorwiegend im kommunistischen *Globus-Verlag* oder der KPÖ nahe stehenden Verlagen, was für diese Publikationen zur Folge hatte, dass sie vom Buchhandel und bürgerlichen Kulturbetrieb boykottiert wurden. Bei der Präsentation ihres Buches im Aktionsradius Augarten berichteten sie, wie schwierig daher die Recherche zu ihrem Vorhaben war, weil viele Romane und Erzählungen nicht

einmal in der Nationalbibliothek zu finden waren, sondern erst nach langer Suche in Antiquariaten...

Um die Texte rund um die Februar-„Ereignisse“ besser verständlich zu machen, stellt Herausgeber Alexander Weiss einen Aufsatz von Hans Hautmann voran (erstmalig publiziert in den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, Nr. 1/2004), und mit einem Zitat von Hautmann beginnt auch Erich Hackl sein Vorwort: „Dem Historiker Hans Hautmann zufolge nimmt der Februaraufstand 1934 in der Geschichte der Klassenkämpfe einen besonderen Platz deshalb ein, weil er in der denkbar schärfsten Form, als Bürgerkrieg ausgetragen wurde. „Und das ausgerechnet bei uns, in einem Land, das das Image hat, dass sich hier die politischen Auseinandersetzungen grundsätzlich in friedlichen, auf Kompromiss ausgerichteten, konsensgeprägten, sozialpartnerschaftlichen, gemütlichen Formen abspielen.“

Erich Hackl weiter: „Es gibt mehrere Gründe, die einen veranlassen, Geschichten und Berichte zu diesem einschneidenden Ereignis der österreichischen Zeitgeschichte zu sichten. Den ersten, dass es 80 Jahre zurückliegt – so lange, wie nach Ansicht von Erinnerungstheoretikern das kommunikative Gedächtnis andauert. Das also, was innerhalb einer Familie oder Sippe mündlich weitergegeben wird, bis es mit dem Tod der ältesten Generation erlischt. Von da, von nun an sind wir auf historische und literarische Quellen angewiesen, um uns die Ereignisse vorzustellen.“

Und in diesem Sinn schließt Alexander Weiss sein Vorwort: „Die vorliegende Anthologie ist kein Geschichtsbuch, es ist auch keine umfassende Sammlung von literarischen Texten, sondern nur eine kleine unvollständige Bestandsaufnahme von Texten zum Thema Februar 1934: Es ist ‚nur‘ ein Lesebuch, das zur Neugier nicht nur nach MEHR an Literatur der 34er-Februartage, sondern zur literarischen Auseinandersetzung – als Forschender, Schreibender, Lesender – mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts insgesamt herausfordern will.“

Während die Anthologie „Im Kältefieber“ in jeder gut sortierten Buchhandlung erhältlich ist, liegt die Textsammlung „Als der Aufstand losbrach...“ (mangels Vertrieb) nur in wenigen Wiener Buchhandlungen auf, kann aber direkt beim Verlag bestellt werden: Red. Tarantel, Vivariumstraße 8/4/18, 1020 Wien oder tarantel-wien@gmx.at.

GERA GALL

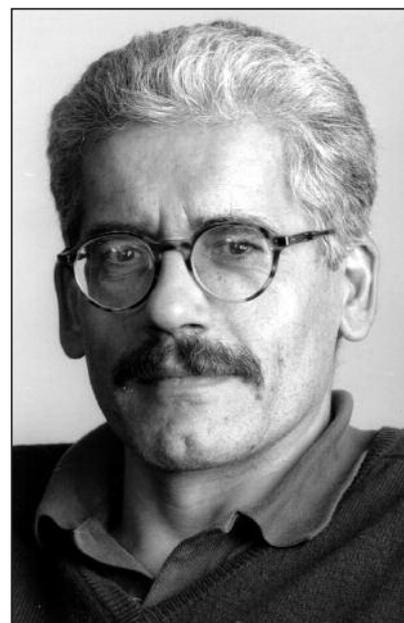
Lutz Holzinger

(1944–2014)

Am 11. Februar 2014 verstarb der Journalist, Literaturwissenschaftler und Buchautor Dr. Lutz Holzinger in Wien. Als Journalist gehörte er von 1975 bis 1990 der Redaktion der *Volksstimme* an und war danach Chefredakteur der Wochenzeitung *Salto*. Als Literaturwissenschaftler erwarb er sich große Verdienste bei der Wiederentdeckung des Oeuvres von Jura Soyfer und bei der Gründung des *Arbeitskreises österreichischer Literaturproduzenten*, dem AutorInnen wie Elfriede Jelinek, Michael Scharang und Peter Turrini angehörten. Als Buchautor zeichnete er für mehrere höchst aufschlussreiche, weil kapitalismuskritische Darstellungen verantwortlich, so zuletzt über die Macht und Machenschaften des Raiffeisen-Konzerns.

Seit 2009 war Lutz Holzinger auch Mitglied des Vorstands der *Alfred Klahr Gesellschaft*. In dieser Eigenschaft trug er viel zur Bereicherung unseres Themenspektrums bei, durch mehrere literaturgeschichtliche Beiträge in den „Mitteilungen“ sowie als Referent und Moderator bei öffentlichen Veranstaltungen. Unvergessen sind sein Vortrag und das anschließende Gespräch mit Heinz R. Unger über die „Linkskurve in der österreichischen Literatur der 1970er Jahre“ am 21. Juni 2012 im Kulturcafé 7Stern.

Mit Lutz Holzinger verliert die fortschrittliche, am Marxismus orientierte Linke in Österreich einen ihrer wichtigsten journalistischen Vertreter. Die *Alfred Klahr Gesellschaft* trauert um ihn und wird ihm als Mitglied, in dem sich profundes Wissen mit hohen menschlichen Qualitäten verband, ein ehrendes Andenken bewahren.



Abschied von Lutz

Von seinem Leben, das zu Ende ging, weiß ich wenig. Das Wenige aber mit Gewissheit. Er war unter den besten Freunden der beste. Es war Freundschaft auf den ersten Blick. Wenn wir uns längere Zeit nicht sahen, begrüßten wir uns mit jenem ersten Blick.

Unsere Urteile über die Welt waren ähnlich, die Meinungen verschieden. So lernten wir unentwegt voneinander. Der Heurige wurde zu einer Hochschule, an der geraucht und getrunken wurde, als feierten wir schon den Sieg der Revolution.

Mit Flüchtlingen aus Chile spielten wir Tennis. Stänkerern spielten wir einen Streich. Wenn sie es nicht zu schätzen wussten, in einer Bar neben zwei Kommunisten zu stehen, stellten wir sie auf die Straße. Nicht nur in der Theorie, auch in der Praxis verstanden wir uns gut.

Lutz, dieses Gleichnis vom Leben, tot. Sissi, diese wunderbare Frau, dieser Engel, ich möchte sie hinaufheben in die Wolken, damit sie den Tod von der Ferne sieht, denn aus der Nähe ist er nicht zu ertragen. Wir ertragen ihn trotzdem. Für alles andere hätte Lutz kein Verständnis.

Lutz, ich verdanke Dir unendlich viel.

MICHAEL SCHARANG



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

Karl Kraus und die Verbrechen Österreichs im Ersten Weltkrieg

Vortrag von Univ.-Prof. Dr. Hans Hautmann
Lesung aus Karl Kraus-Texten von Ottwald John

Karl Kraus war der gewaltigste Kritiker und Ankläger der „Kompagnie von Profit und Phrase“, die im imperialistischen Krieg 1914–1918 eine bis dahin unvorstellbare Blutspur zog. Mit dem Drama „Die letzten Tage der Menschheit“ schuf er ein Werk, das an dokumentarischer Fülle, sprachlicher Intensität und satirischer Perspektive in der Antikriegsliteratur einzig dasteht. Sein Verdienst ist es, die heuchlerische Maskerade, mit der die Herrschenden hinter einem Schwall hehrer Schlagworte ihre Ziele tarnten, zerrissen und erkannt zu haben, dass die „Helden“ auf die Schlachtfelder geschickt wurden, um den „Händlern“ ihre Märkte zu sichern.



Dienstag, 29. April 2014, 19.00

Kulturcafé 7Stern **7★STERN**
Siebensterngasse 31, 1070 Wien

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Gera Gall, Winfried R. Garscha, Martin Krenn, Peter März, Gerhard Oberkofler, Michael Scharrang, Karl Wimmer

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

PSK 92023930, BLZ 60000

IBAN: AT 6660 0000 0092 0239 30

BIC: OPSKATWW

In eigener Sache

Die *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* werden vier Mal jährlich neben den Mitgliedern unserer Gesellschaft auch an zahlreiche Institutionen, Vereine und Gesellschaften, sowie an Personen im In- und Ausland, die an den Aktivitäten und Publikationen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT interessiert sind, gesendet.

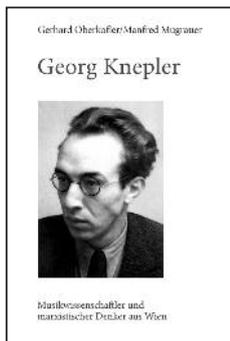
Aufgrund des erhöhten Umfangs der *Mitteilungen* sind die Druckkosten in den letzten Jahren gestiegen. Darüber hinaus sind wir nicht nur mit erhöhten Posttarifen, sondern mit einer insgesamt schwierigen finanziellen Situation konfrontiert, weshalb wir all jene bitten, die an einem Weiterbezug der *Mitteilungen* interessiert sind und nicht Mitglied sind, als Beitrag zu den Druckkosten und zum Versand ein Jahresabonnement zum Preis von 5,- Euro bzw. ein Förderabo in einer selbst zu bestimmenden Höhe zu lösen. Sollten Sie Mitglied werden wollen, so beträgt der Jahresbeitrag 20,- Euro.

Vielen Dank für Ihr Interesse an unserem Periodikum und für Ihre Unterstützung!

Buchpräsentation Georg Knepler

Musikwissenschaftler und marxistischer Denker aus Wien

Einführungen durch die beiden Autoren
Gerhard Oberkofler und Manfred Mugrauer
Vortrag von **John Knepler** (London)



Gerhard Oberkofler/Manfred Mugrauer: **Georg Knepler. Musikwissenschaftler und marxistischer Denker aus Wien.** Innsbruck, Wien, Bozen: **Studien-Verlag** 2014 426 S., 39,90–

Georg Knepler (1906–2003) wuchs in Wien auf und studierte hier Klavier, Dirigieren und Musikwissenschaft. Als Pianist begleitete er in Wien Karl Kraus und in Berlin Helene Weigel. 1933 musste er als Kommunist und Jude aus Deutschland fliehen, 1934 auch aus Österreich. In der Emigration war er inspirierendes Vorstandsmitglied im *Austrian Centre* in London. Nach der Befreiung kehrte er vorerst nach Wien zurück, 1949 nahm er eine Berufung nach Berlin an, wo er als Rektor die Hochschule für Musik aufbaute und danach als Direktor des Musikwissenschaftlichen Instituts der Humboldt-Universität wirkte. Sein Blick auf den historischen Prozess der Veränderung in der Musik, vor allem seine bahnbrechende Musikgeschichte des 19. Jahrhunderts, sein Buch „Karl Kraus liest Offenbach“ und sein Mozartbuch sind Meisterwerke eines intuitiven Künstlers und scharfen marxistischen Denkers.

Dienstag, 27. Mai 2014, 19.00

Musiksammlung der Wienbibliothek, Loos-Räume
Bartensteingasse 9, 1. Stock, 1010 Wien